

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Einladung -öffentlich-	4
------------------------	---

Vorlagendokumente

TOP Ö 7.1 Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge	
Mitteilung zur Kenntnis 13/266/2025	7
Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge 21.11.2025 13/266/2025	8
TOP Ö 8 Mitgliedschaft im Mittlernetzwerk	
Beschlussvorlage 13-2/277/2025	10
TOP Ö 9 Frauennachttaxis in Erlangen; Antrag aus der Bürgerinnenversammlung vom 26.03.2025	
Beschlussvorlage 13/265/2025	13
Auszug TOP 9 Protokoll Bürgerinnenversammlung am 26.03.2025 13/265/2025	16
TOP Ö 10 MVC GmbH: Neubestellung Geschäftsführung	
Beschlussvorlage BTM/113/2025	17
TOP Ö 11 Kosten in Beschlussvorlagen verpflichtend angeben; Antrag der FDP-Stadträte Nr.300/2022	
Beschlussvorlage 20/044/2023	19
Anlage 1 Beschlussvorlage geändert 20/044/2023	21
Anlage 2 FDP-Antrag Nr. 300/2022 20/044/2023	23
TOP Ö 12 Anschaffung eines Spielplatzcontainers als notwendige Ersatzbeschaffung für den Spielplatz am Rathausplatz	
Beschluss Stand: 12.11.2025 41/098/2025	24
TOP Ö 13 Haushaltskonsolidierungskonzept, Fortschreibung des Beschlusses der Reduzierung der Außendienstmitarbeiter der Kommunalen Verkehrsüberwachung	
Beschlussvorlage 614/102/2025	27
TOP Ö 15.1 Antrag zum Haushalt 2026 der Grünen Liste Nr. 140/2025: Schaffung Spielplatz Odenwaldallee	
Beschluss Stand: 12.11.2025 41/096/2025	30
Antrag Nr. 140/2025 41/096/2025	33
TOP Ö 15.2 Durchführung des Poet*innenfests: Fraktionsantrag 103/2025 der SPD-Fraktion zum Haushalt/Arbeitsprogramm Amt 47; Antrag 170/2025 der erlanger linken zum Arbeitsprogramm Amt 47; Fraktionsantrag 195/2025 der CSU-Fraktion zum Haushalt 2026	
Beschluss Stand: 19.11.2025 47/136/2025	34
CSU 195/2025 Fortführung des Poet*innenfests 47/136/2025	37
erlanger linke 170/2025 Poet*innenfest stattfinden lassen 47/136/2025	38
SPD 103/2025 Poet*innenfest erhalten! 47/136/2025	39
TOP Ö 15.3 Überweisung von Anträgen zum Haushalt / Arbeitsprogramm Amt 50 für das Jahr 2026 aus dem SGA/WA EJC vom 12.11.25 in den HFPA am 03.12.2025	
Beschlussvorlage V/088/2025	40
Anlage 1 Antrag SPD 104_2025 V/088/2025	42
Anlage 2 Antrag ödp 185_2025 V/088/2025	43
Anlage 3 Antrag ödp 186_2025 V/088/2025	45
Anlage 4 Stellungnahme der Verwaltung V/088/2025	46
TOP Ö 15.4 Antrag 2026_Amt 52_ Arbeitsprogramm und Sachkostenbudget: Hitzeschutzmaßnahmen	

Beschluss Stand: 11.11.2025 52/192/2025	48
Anlage 1: Antrag Nr. 192/2025 der ÖDP-Stadträtin Barbara Grille vom 14.10.2025 52/192/2025	51
Anlage 2: Änderungsanträge Haushalt 2026 52/192/2025	53
TOP Ö 15.5 Antrag zum Haushalt / Arbeitsprogramm des EB 77 Bericht über die Entsiegelung mit Baumpflanzungen in der Innenstadt-	
Beschluss Stand: 18.11.2025 773/090/2025	54
Fraktionsantrag der SPD Fraktion 109/2025 773/090/2025	56
TOP Ö 16 Haushalt 2026; Stellenplan 2026 Liste A - Veränderungen des Stellenplans	
Beschlussvorlage 113/114/2025	57
108 113/114/2025	59
114 113/114/2025	61
115 113/114/2025	62
116 113/114/2025	63
117 113/114/2025	64
118 113/114/2025	65
119 113/114/2025	66
120 113/114/2025	67
121 113/114/2025	68
122 113/114/2025	69
123 113/114/2025	70
124 113/114/2025	71
125 113/114/2025	72
126 113/114/2025	73
127 113/114/2025	74
128 113/114/2025	75
129 113/114/2025	76
130 113/114/2025	77
131 113/114/2025	78
132 113/114/2025	79
133 113/114/2025	80
134 113/114/2025	81
135 113/114/2025	82
136 113/114/2025	83
155 113/114/2025	84
156 113/114/2025	85
164 113/114/2025	87
180 113/114/2025	89
188 113/114/2025	90
Liste A_final für HFGPA_Anlage 1 113/114/2025	92
Liste A_final für HFGPA_Anlage 2_Haushaltskonsolidierungskonzept 113/114/2025	94
TOP Ö 17 Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2026; Liste B - Stellenwertänderungen	
Beschlussvorlage 11/065/2025	97
Vorlage HFGPA_STR_Liste B 11/065/2025	98
TOP Ö 18 Erörterung und Begutachtung der positiven Fachausschussgutachten der in den HFGPA verwiesenen Änderungsanträge und ergänzender Nachmeldungen der Verwaltung zum Ergebnishaushalt 2026 / Finanzhaushalt 2026	

Beschlussvorlage 201/087/2025	111
TOP Ö 19 Erörterung und Begutachtung der positiven Fachausschussgutachten und der in den HFPA verwiesenen Änderungsanträge zum Finanzhaushalt 2026 / Investitionsprogramm 2025 - 2029	
Beschlussvorlage 201/088/2025	112
TOP Ö 20 Erörterung und Begutachtung der mittelfristigen Finanzplanung 2025 - 2029 mit Investitionsprogramm	
Beschlussvorlage 201/090/2025	113
TOP Ö 21 Erörterung und Begutachtung der Haushaltsvermerke 2026 und der Haushaltspläne der rechtlich unselbständigen Stiftungen 2026	
Beschlussvorlage 201/091/2025	114

Einladung

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss

11. Sitzung • Mittwoch, 03.12.2025 • 16:00 Uhr • Ratssaal, Rathaus
12. Sitzung • Mittwoch, 10.12.2025 • 16:00 Uhr • Ratssaal, Rathaus

Nicht öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- siehe Anlage -

Öffentliche Tagesordnung - 16:15 Uhr

- | | | |
|------|---|------------------------------|
| 7. | Mitteilungen zur Kenntnis | |
| 7.1. | Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge | 13/266/2025
Kenntnisnahme |
| 8. | Mitgliedschaft im Mittlernetzwerk | 13-2/277/2025
Beschluss |
| 9. | Frauennachttaxis in Erlangen;
Antrag aus der Bürgerinnenversammlung vom 26.03.2025 | 13/265/2025
Beschluss |
| 10. | MVC GmbH: Neubestellung Geschäftsführung | BTM/113/2025
Beschluss |
| 11. | Kosten in Beschlussvorlagen verpflichtend angeben;
Antrag der FDP-Stadträte Nr. 300/2022 | 20/044/2023
Beschluss |
| 12. | Anschaffung eines Spielplatzcontainers als notwendige Ersatzbeschaffung
für den Spielplatz am Rathausplatz | 41/098/2025
Beschluss |
| 13. | Haushaltskonsolidierungskonzept, Fortschreibung des Beschlusses der
Reduzierung der Außendienstmitarbeiter der Kommunalen Verkehrsüber-
wachung | 614/102/2025
Beschluss |
| 14. | Haushalt 2026 | |
| 15. | Wortanträge 2026 | |

15.1.	Antrag zum Haushalt 2026 der Grünen Liste Nr. 140/2025: Schaffung Spielplatz Odenwaldallee	41/096/2025 Beschluss
15.2.	Durchführung des Poet*innenfests: Fraktionsantrag 103/2025 der SPD-Fraktion zum Haushalt/Arbeitsprogramm Amt 47; Antrag 170/2025 der erlanger linken zum Haushalt Amt 47; Fraktionsantrag 195/2025 der CSU-Fraktion zum Haushalt 2026	47/136/2025 Beschluss
15.3.	Überweisung von Anträgen zum Haushalt / Arbeitsprogramm Amt 50 für das Jahr 2026 aus dem SGA/WA-EJC vom 12.11.2025 in den HFPa am 03.12.2025	V/088/2025 Beschluss
15.4.	Antrag 2026_Amt 52_ Arbeitsprogramm und Sachkostenbudget: Hitzeschutzmaßnahmen	52/192/2025 Beschluss
15.5.	Antrag zum Haushalt / Arbeitsprogramm des EB 77: Bericht über das Förderprogramm zur Entsiegelung der Innenstadt mit Baumpflanzungen	773/090/2025 Beschluss
16.	Haushalt 2026; Stellenplan 2026 Liste A - Veränderungen des Stellenplans	113/114/2025 Gutachten
17.	Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2026; Liste B - Stellenwertänderungen	11/065/2025 Gutachten
18.	Erörterung und Begutachtung der positiven Fachausschussgutachten der in den HFPa verwiesenen Änderungsanträge und ergänzender Nachmeldungen der Verwaltung zum Ergebnishaushalt 2026 / Finanzhaushalt 2026 Die Anlagen werden nach Erstellung nachgereicht.	201/087/2025 Beschluss
19.	Erörterung und Begutachtung der positiven Fachausschussgutachten und der in den HFPa verwiesenen Änderungsanträge zum Finanzhaushalt 2026 / Investitionsprogramm 2025 – 2029 Die Anlagen werden nach Erstellung nachgereicht.	201/088/2025 Beschluss
20.	Erörterung und Begutachtung der mittelfristigen Finanzplanung 2025 -2029 mit Investitionsprogramm	201/090/2025 Beschluss
21.	Erörterung und Begutachtung der Haushaltsvermerke 2026 und der Haushaltspläne der rechtlich unselbständigen Stiftungen 2026	201/091/2025 Beschluss
22.	Anfragen	

Ich darf Sie hiermit zu dieser Sitzung einladen.

Erlangen, den 25. November 2025

STADT ERLANGEN

gez. Dr. Florian Janik

Oberbürgermeister

Falls Tagesordnungspunkte dieser Sitzung aus Zeitgründen auf den nächsten Termin verschoben werden müssen, bitten wir Sie, die entsprechenden Unterlagen aufzubewahren und erneut mitzubringen.

Die Sitzungsunterlagen können auch unter www.ratsinfo.erlangen.de abgerufen werden.

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
OBM/13

Verantwortliche/r:
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:
13/266/2025

Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	03.12.2025	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Die als Anlage beigefügte Übersicht zeigt den Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge im Zuständigkeitsbereich HFPa zum 21.11.2025 auf; sie enthält die Information der Referats- und Amtsbereiche, für die der HFPa zuständiger Fachausschuss ist.

Anlagen: Übersicht 12/2025

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge
Zuständigkeitsbereich HFPA
Stand: 21.11.2025

Antrag Nr.	Datum	Antragsteller/in Fraktion/Partei	Betreff	Zuständig	Status
300/2022	22.11.2022	FDP	Antrag zum Stadtrat: Kosten in den Beschlussvor- langen	II/20	Vorlage wurde von Amt 20 bereits im September erstellt, Stellungnahme Ref. VI fehlt noch – In Bearbeitung im HFPA am 03.12.2025
010/2024	23.01.2024	Grüne Liste	Antrag: Bericht kommunale Verpackungssteuer	II/20	Örtliche Verbrauchs- und Aufwandssteu- ern bedürfen nach dem KAG der Zustim- mung des Innenministeriums; mit dieser ist nicht zu rechnen. Mehr noch: der Mi- nisterrat hat am 24.06.205 das Verbot der kommunalen Verpackungssteuer in Bayern beschlossen.
074/2023	15.07.2024	CSU	Open.bydata und TwinBy der Bayerischen Staats- regierung unter Synergie der Bereitstellungspflicht (Mobilithek)	Ref. III	In Bearbeitung
010/2025	29.01.2025	Grüne Liste	Antrag: Kommunale Verpackungsteuer	II/20	Örtliche Verbrauchs- und Aufwandssteu- ern bedürfen nach dem KAG der Zustim- mung des Innenministeriums; mit dieser ist nicht zu rechnen. Mehr noch: der Mi- nisterrat hat am 24.06.205 das Verbot der kommunalen Verpackungssteuer in Bayern beschlossen.
012/2025	05.02.2025	Klimaliste Erlan- gen	Antrag: Müll vermeiden – Steuern auf nicht wie- derwendbare Verpackungen	II/20	Örtliche Verbrauchs- und Aufwandssteu- ern bedürfen nach dem KAG der Zustim- mung des Innenministeriums; mit dieser ist nicht zu rechnen. Mehr noch: der Mi- nisterrat hat am 24.06.205 das Verbot der kommunalen Verpackungssteuer in Bayern beschlossen.

017/2025	18.02.2025	Klimaliste	Müll vermeiden – Steuern auf nicht wiederverwendbare Verpackungen	II/20	Örtliche Verbrauchs- und Aufwandssteuern bedürfen nach dem KAG der Zustimmung des Innenministeriums; mit dieser ist nicht zu rechnen. Mehr noch: der Ministerrat hat am 24.06.2025 das Verbot der kommunalen Verpackungssteuer in Bayern beschlossen.
019/2025	25.02.2025	SPD	Antrag: Weichen für Verpackungssteuer stellen	II/20	Örtliche Verbrauchs- und Aufwandssteuern bedürfen nach dem KAG der Zustimmung des Innenministeriums; mit dieser ist nicht zu rechnen. Mehr noch: der Ministerrat hat am 24.06.2025 das Verbot der kommunalen Verpackungssteuer in Bayern beschlossen.
021/2025	10.03.2025	Grüne Liste	Bericht zur Situation des Wochenmarkts	II/23	In Bearbeitung – Voraussichtliche Einbringung am 03.02.2026
045/2025	29.04.2025	ÖDP	Antrag: Erlanger Resolution an den Freistaat Bayern: Keine Stromlieferung aus tschechischen Atomkraftwerken	Ref. OBM/13	In Bearbeitung
054/2025	20.05.2025	SPD	Antrag: Prüfung und Vereinfachung kommunaler Satzungen	III/30	Dabei handelt es sich um ca. 100 Satzungen, die überprüft werden müssen; das nimmt sehr viel Zeit in Anspruch.
058/2025	02.06.2025	SPD	Antrag: Akademische Allianz – bedrohten und diskriminierten Studierenden und Wissenschaftler:innen eine Chance geben!	Ref. OBM/13	In Bearbeitung
065/2025	30.06.2025	SPD, Grüne Liste, Erlanger Linke, FWG, Klimaliste	Antrag: Vergaberichtlinie der Stadt Erlangen anpassen – Tarifstandards und Mindestlohn sichern	III/30	In Bearbeitung
067/2025	01.07.2025	Grüne Liste	Antrag: familienfreundliche Stadtratsarbeit	Ref. OMB/13	In Bearbeitung
095/2025	07.10.2025	13-1 Jugendparlament	Antrag des Jugendparlaments: Satzungsänderung für eine Onlinewahl	Ref. OBM/13	In Bearbeitung
197/2025	16.10.2025	SPD	Antrag: Lange Nacht der Demokratie	Ref. OBM/13	In Bearbeitung

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/13-2

Verantwortliche/r:
Büro für Bürgerbeteiligung und Ehrenamt

Vorlagennummer:
13-2/277/2025

Mitgliedschaft im Mittlernetzwerk

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	03.12.2025	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Stadt Erlangen tritt dem Mittlernetzwerk zum 01.01.2026 bei.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Große und mittelgroße in Erlangen ansässige Unternehmen engagieren sich für gemeinnützige Organisationen und Vereine. Dafür sind die unterstützenden Strukturen für eine erfolgreiche Vermittlung und eine gute Zusammenarbeit im Büro für Bürgerbeteiligung und Ehrenamt gut aufgestellt.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Durch die aktuelle Haushaltslage kommen Gemeinnützige und gerade Vereine in eine angespannte finanzielle Lage. Zunehmend sind zeitliche Kapazitäten für die Drittmittelakquise gebunden, sodass inhaltliche Projekte liegenbleiben oder nicht umgesetzt werden.

Große Unternehmen in Erlangen nehmen ihre gesellschaftliche Verantwortung im Bereich Corporate Social Responsibility (CSR) ernst. Jedoch müssen Unternehmenskooperationen zwischen Gemeinnützigen und Unternehmen für beide Partner gewinnbringend sein. Dafür braucht es einen Mittler mit passender Haltung und optimalen Abläufen.

Durch das Büro für Bürgerbeteiligung und Ehrenamt (in der Funktion als Mittler) wurden bereits Impuls-Formate in dieser Richtung durchgeführt. So gibt es bspw. seit 2023 jährlich einen Aktionstag, an dem bis zu 15 Projekte von Gemeinnützigen durch freiwillige Mitarbeiter*innen von Unternehmen umgesetzt werden. Aber auch viele Anfragen von Unternehmensteams nach passenden Volunteering-Formaten erreichen das Büro.

Dies macht eine inhaltliche Weiterentwicklung des Arbeitsbereichs notwendig. Da dieser nur einen kleinen Teil des Portfolios des Büros ausmacht, ist regional übergreifender fachliche Austausch unabdingbar. Die Aufnahme in das Mittlernetzwerk UPJ kann den fachlichen Bedarf des Büros decken und bietet gleichzeitig die Möglichkeit, dieses Standbein der Stadt Erlangen in der Öffentlichkeit darzustellen.

Durch die Zusammenarbeit von Stadt, Unternehmen und Gemeinnützigen werden die Sustainable Development Goals (SDGs) in Stadtverwaltung und Stadt weiterentwickelt. Das SDG „Corporate Citizenship“ verkörpert genau diese Zusammenarbeit der Sektoren. Durch die Mitgliedschaft im Mittlernetzwerk können wir für die Umsetzung der SDGs einen erheblichen Beitrag für Erlangen generieren.

Kurze Information zum Netzwerk: „Die Mittlerorganisationen im bundesweiten UPJ-Netzwerk arbeiten an der Schnittstelle von Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Staat auf regionaler Ebene für die Verbreitung und Vertiefung von Corporate Citizenship und CSR in Deutschland“

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Aufnahme verbindet sich mit zwei Netzwerktreffen im Jahr und dem Zugang zu einem Netzwerk von Expert*innen in vielen Kommunen und Landkreisen Deutschlands.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ☐ ja, positiv*
- ☐ ja, negativ*
- ☒ nein

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

- ☐ ja*
- ☐ nein*

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	100 €	bei Sachkonto: 549130
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- ☐ werden nicht benötigt
- ☒ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk 549130/130290/11110010
- ☐ sind nicht vorhanden

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM

Verantwortliche/r:
Gleichstellungsstelle

Vorlagennummer:
13/265/2025

Frauennachttaxis in Erlangen; Antrag aus der Bürgerinnenversammlung vom 26.03.2025

Beratungsfolge	Termin	Ö/N Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	03.12.2025	Ö	Beschluss

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.
2. Der Antrag aus der Bürgerinnenversammlung (TOP 9) vom 26.03.2025 ist damit abschließend bearbeitet (Anlage 1).

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

In der Bürgerinnenversammlung am 26.03.2025 wurde beantragt, Maßnahmen zu entwickeln, die die Sicherheit von Frauen auf dem Nachhauseweg in der Stadt Erlangen verbessern. Dazu sollten zum Beispiel Gutscheine für Frauennachttaxis – nach Beispiel der Stadt München – eingeführt und ausgegeben werden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Gleichstellungsstelle hat sich zu bestehenden und möglichen Maßnahmen der Stadtverwaltung, die das Nutzen öffentlicher Verkehrsmittel im Stadtgebiet von Frauen – insbesondere in den Abend- und Nachtstunden – sicherer machen können, erkundigt und mit zuständigen Dienststellen ausgetauscht.

Unter anderem setzen die Erlanger Stadtwerke bereits das Angebot um, dass Busfahrer*innen auf Nachfrage und nach Möglichkeit des jeweiligen Verkehrsflusses zwischen den Haltestellen anhalten können, um Fahrgäste aussteigen zu lassen. Dadurch können kürzere Wege für Personen entstehen und schlechter beleuchtete Stellen auf dem Heimweg möglicherweise umgangen werden.

Ein weiteres Angebot wird von einem Zusammenschluss von Erlanger Taxiunternehmerinnen für Frauen zur Verfügung gestellt. Bürgerinnen haben die Möglichkeit explizit eine Taxifahrerin, also eine weibliche Person für Fahrten zu rufen. Der Kontakt ist unter *ladytaxi-erlangen.de* zu finden. Das Angebot soll zum März 2026 durch eine sich noch in der Entwicklung befindende App für Bürgerinnen noch einfacher zugänglich gemacht werden. Der Austausch zu den Verantwortlichen des Safe-Space wird im Hinblick auf die nächste Bergkirchweih ebenfalls aufgenommen. Das Angebot soll in den kommenden Monaten über verschiedene Netzwerke und durch intensivierte Öffentlichkeitsarbeit an Akteurinnen und interessierte Bürgerinnen kommuniziert werden.

Das in der Bürgerinnenveranstaltung vorgeschlagene Modell der Stadt München sieht vor, Wertgutscheine

für Fahrten zwischen 22 und 6 Uhr mit Frauennachttaxis an den Wochenenden an zugänglichen Stellen bereitzustellen. Dies wurde in Abstimmung mit weiteren Dienststellen aufgrund der aktuellen Haushaltslage zum jetzigen Zeitpunkt als nicht realisierbar eingeschätzt.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Der entsprechende Teil des Antrags (Einführung von Taxigutscheinen nach dem Münchner Modell) aus der Bürgerinnenversammlung vom 26.03.2025 kann aufgrund der aktuellen Haushaltslage nicht realisiert werden und ist abzulehnen.

Weitere Maßnahmen werden seitens der Gleichstellungsstelle in Abstimmung mit weiteren Dienststellen kontinuierlich geprüft. Auf das Angebot „ladytaxi“ wird in den Netzwerken der Gleichstellungsstelle verstärkt hingewiesen.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ☐ ja, positiv*
☐ ja, negativ*
☒ nein

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

- ☐ ja*
☐ nein*

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- ☒ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☐ sind nicht vorhanden

Anlagen: Auszug aus dem Protokoll der Bürgerinnenversammlung vom 26.03.2025 (TOP 9)

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Bürgerinnenversammlung am 26. März 2025 im Rathaus Erlangen

Die Gleichstellungsbeauftragte Dr. Nora Hahn-Hobeck begrüßt die anwesenden Bürgerinnen und stellt die Leiterinnen der Versammlung, Sabine Bock, Referentin für Umwelt und Klimaschutz, und Anke Steinert-Neuwirth, Referentin für Kultur, Bildung und Freizeit vor. Die beiden übernehmen das Wort, begrüßen die Anwesenden zur Versammlung und stellen sich und ihre Arbeit als Referentinnen der Stadt Erlangen vor.

Daran anschließend stellt Dr. Nora Hahn-Hobeck das Team der Gleichstellungstelle vor und erläutert einige Neuerungen der Bürgerinnenversammlung. Das teilweise angepasste Format der Bürgerinnenversammlung soll mit der Kinderbetreuung und früherem Beginn der Veranstaltung die Teilhabe von Frauen* und Müttern ermöglichen. Mit einem thematischen Kurzvortrag soll auf das Thema finanzielle Unabhängigkeit aufmerksam gemacht werden.

Aus diesem Grund wurde Kerstin Brunner, Honorarberaterin für finanzielle und rechtliche Vorsorge gebeten, einen Impulsvortrag zum Thema „Money Mindset von Frauen“ zu halten.

Anschließend wird der gesetzliche Rahmen und die Ablaufmodalitäten der Bürgerinnenversammlung erläutert. Danach übergeben die Referentinnen das Wort an die Bürgerinnen für deren Anliegen und Anträge.

Beschlossene Anträge: TOP 9

9. Frauennachttaxis in Erlangen

Eine Maßnahme, um dem Sicherheitsbedürfnis von Frauen auf dem Heimweg gerechter zu werden, könnte es Frauennachttaxis wie in der Stadt München geben. Frauen konnten in der Vergangenheit in München Wertgutscheine für eine nächtliche Heimfahrt an öffentlich zugänglichen Stellen abholen. Die Wertgutscheine konnten am Wochenende zwischen 22 Uhr und 6 Uhr von Frauen eingelöst werden und galten für die Fahrt an eine Wohnadresse.

Antrag:

Die Stadtverwaltung Erlangen soll Maßnahmen entwickeln, die die Sicherheit von Frauen auf dem Nachhauseweg verbessern. Zum Beispiel sollen in der Stadt Erlangen Frauennachttaxis nach Beispiel der Stadt München eingeführt werden.

Der Antrag wird mehrheitlich beschlossen.

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/BTM

Verantwortliche/r:
Beteiligungsmanagement

Vorlagennummer:
BTM/113/2025

MVC GmbH: Neubestellung Geschäftsführung

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	03.12.2025	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

II/WA, MVC GmbH

I. Antrag

Die Vertretung der Stadt Erlangen wird ermächtigt, folgenden Gesellschafterbeschlüssen der Medi-cal Valley Center GmbH, Erlangen, zuzustimmen:

1. Matthias Hiegl wird für den Zeitraum 01.01. – 31.12.2026 erneut zum Geschäftsführer bestellt.
2. Für diesen Zeitraum wird ein neuer Geschäftsführerdienstvertrag gemäß Aufsichtsratsempfehlung abgeschlossen.

II. Begründung

Die Gesellschafterbeschlüsse der Medical Valley Center GmbH (MVC), an der die Stadt Erlangen zu 49% beteiligt ist, sollen im Umlaufverfahren gefasst werden. Die städtische Vertretung benötigt für ihre Stimmabgabe nach der Bayerischen Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung des Stadtrats die Zustimmung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses.

Zu 1.: Seit Gründung im Jahr 2002 führt Herr Hiegl die Geschäfte des Gründerzentrums MVC in der Henkestraße. Der aktuelle Bestellungszeitraum läuft zum 31.12.2025 aus. Im Einvernehmen mit Herrn Hiegl soll die Bestellung zunächst nur für ein Jahr verlängert werden, um ab 2027 den Bestellungszeitraum mit dem des Gründerzentrums IGZ GmbH in Tennenlohe zu synchronisieren, dessen Geschäftsführung Herr Hiegl im Juni 2020 zusätzlich übernommen hat.

Zu 2.: Für den Zeitraum der Wiederbestellung ist ein neuer Geschäftsführerdienstvertrag abzuschließen. Der vom Aufsichtsrat des MVC in seiner Sitzung am 25.11.2025 empfohlene Entwurf entspricht inhaltlich im Wesentlichen dem laufenden Geschäftsführerdienstvertrag. Herr Hiegl erhält für seine Geschäftsführungstätigkeit weiterhin keine direkte Vergütung, sondern wird im Rahmen eines für den Zeitraum 01.01.2024 bis 31.12.2026 abgeschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrags mit der tec-generation GmbH entlohnt, deren Hauptgesellschafter er ist.

Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Haushaltsmittel

☒

werden nicht benötigt

☐

sind vorhanden auf IvP-Nr.

bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk

☐

sind nicht vorhanden

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Stadtkämmerei

Vorlagennummer:
20/044/2023

Kosten in Beschlussvorlagen verpflichtend angeben; Antrag der FDP-Stadträte Nr. 300/2022

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.04.2023	Ö	Beschluss	abgesetzt
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	03.12.2025	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Bürgermeister- und Presseamt (Amt 13) z.K., Amt für Gebäudemanagement (Amt 24), Amt für Stadtplanung und Mobilität (Amt 61) und Tiefbauamt (Amt 66)

I. Antrag

1. Der Sachbericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.
2. Die unter dem Punkt „Ressourcen“ aufgeführten Kostenarten sind -wie bisher- verpflichtend anzugeben und auszufüllen, sofern diese öffentlich zugänglich sein dürfen. Sollten keine Kosten entstehen, so ist eine 0 einzutragen. Dies gilt ab jetzt auch, wenn der aktuelle Beschluss noch keine Kosten verursacht, aber durch die weitere Umsetzung Kosten ausgelöst werden.
3. Der FDP-Antrag Nr. 300/2022 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Ausführungen zu den Haushaltsmitteln unterstützen den Meinungsfindungsprozess und schaffen Bewusstsein für die finanziellen Konsequenzen und die Tragweite eines Beschlusses.

Insbesondere Beschlüsse, die nicht unmittelbar, sondern in der weiteren Umsetzung längerfristige jährliche Zahlungsverpflichtungen erwarten lassen, führen zu einer Einschränkung der finanziellen Handlungsspielräume nicht selten weit über den Finanzplanungszeitraum hinaus. Dies gilt es transparent zu machen. Die ganzheitliche Betrachtungsweise leistet somit einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit von Entscheidungen.

Das Muster der Beschlussvorlage sieht bereits heute unter Punkt 5 „Ressourcen“ vor, dass diverse Kostenarten, insbesondere auch die Folgekosten beziffert werden. Dies wäre künftig konsequent bei allen Arten von Beschlüssen (Grundsatzbeschlüsse, Bedarfsbeschlüsse etc.) von den Dienststellen umzusetzen.

Eine andere Möglichkeit wäre die Umgestaltung des Punktes 5 „Ressourcen“ (siehe Beispiel in Anlage 1), um zu einer differenzierteren Darstellung zu gelangen. Eine derartige Änderung der Muster-Beschlussvorlage würde jedoch die Beauftragung eines externen Dienstleisters (Hersteller/Vertriebspartner) erfordern, die Kosten verursacht. Diese werden nach Art. 69 GO zum jetzigen Zeitpunkt weder aber als notwendig noch unaufschiebbar angesehen.

Vorgeschlagen wird, die Fortschreibung der Muster-Beschlussvorlage dem sich neu konstituierenden Stadtrat 2026 vorzubehalten, sodass dessen Informationsbedürfnis vollumfänglich Rechnung getragen werden kann.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Konsequentes Benennen der ggf. erforderlichen Ressourcen, insbesondere aber auch der Folgekosten

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Hinweis an die Dienststellen

4. Klimaschutz

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel



werden nicht benötigt



sind vorhanden auf IvP-Nr.

bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk



sind nicht vorhanden

Anlagen: Anlage 1 Beschlussvorlage geändert
Anlage 2 FDP-Antrag Nr. 300/2022

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:

Titel

Beratungsfolge	Termin	Ö/N Vorlagenart	Abstimmung
----------------	--------	-----------------	------------

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐

*ja, positiv**

☐

*ja, negativ**

☐

nein

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

☐

*ja**

☐

*nein**

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Finanzielle Auswirkung

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

5a) Der Antrag verursacht in brutto EUR:

- ☐ keine Kosten
Erläuterung:
- ☐ Kosten im laufenden Haushaltsjahr (HHJ) in Höhe von: _____
☐ die Deckung im lfd. HHJ ist gegeben
☐ die Deckung im lfd. HHJ ist nicht gegeben
Erläuterung:
- ☐ Kosten in zukünftigen Haushaltsjahren in Höhe von: _____
Erläuterung:
- ☐ Folgekosten (über diesen Antrag hinaus):
☐ Keine
☐ Ja, in Höhe von: _____
☐ Zum jetzigen Kenntnisstand noch nicht abschätzbar
Erläuterung:
- ☐ Korrespondierende Erträge
(z.B. Gebühren / Zuwendungen / Zuschüsse / Spenden)
Erläuterung:

5b) Verortung der Kosten in Amt: _____

5c) Auswirkungen auf den Stellenplan

- ☐ Ja, siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

Anlagen:

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



Stadträte

Prof. Dr. Holger Schulze
str.holger.schulze@stadt.erlangen.de

Lars Kittel
str.lars.kittel@stadt.erlangen.de

Geschäftsführer
Felix Braun
fdp.stadtraete@st

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 23.11.2022
Antragsnr.: 300/2022
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: II/20
mit Referat:

FDP-Stadträte - Nägelsbachstr. 49a - 91052 Erlangen

22. November 2022

Antrag zum Stadtrat: Kosten in Beschlussvorlagen verpflichtend angeben

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

aus den Beschlussvorlagen der Verwaltung lassen sich mitunter keine Angaben zu den Kosten entnehmen. Dies führt zu inhaltlichen Unklarheiten, erschwert die Entscheidungsfindung und schwächt in der Konsequenz die Aussagekraft gefasster Beschlüsse. Wir sind davon überzeugt, dass ein ausgewogener Meinungsbildungsprozess eine möglichst konkrete Faktengrundlage erfordert. Aus unserer Sicht ist es daher unerlässlich, konkrete Kosten zur jeweiligen Maßnahme in den Beschlussvorlagen anzugeben, auch, wenn der aktuelle Beschluss noch keine Kosten verursacht, aber durch die weitere Umsetzung Kosten ausgelöst werden.

Wir beantragen daher, der Stadtrat möge beschließen, dass künftig bei jeder Beschlussvorlage der Verwaltung alle unter dem Punkt "Ressourcen" aufgeführten Kostenarten – konkret: Investitionskosten; Sachkosten; Personalkosten (brutto); Folgekosten; Korrespondierende Einnahmen; Weitere Ressourcen - verpflichtend anzugeben und auszufüllen sind, sofern diese öffentlich zugänglich sein dürfen. Sollten keine Kosten entstehen, ist eine 0 einzutragen.

Freundliche Grüße

Lars Kittel
FDP-Stadtrat

Prof. Dr. Holger Schulze
FDP-Stadtrat

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
IV/41

Verantwortliche/r:
Amt für Stadtteilarbeit

Vorlagennummer:
41/098/2025

Anschaffung eines Spielplatzcontainers als notwendige Ersatzbeschaffung für den Spielplatz am Rathausplatz

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Kultur- und Freizeitausschuss	12.11.2025	Ö	Beschluss	verwiesen
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	03.12.2025	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Amt 20 z.K.

I. Antrag

Der Anschaffung eines Spielplatzcontainers als notwendige Ersatzbeschaffung für den Spielplatz am Rathausplatz wird zugestimmt.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Der Spielplatz am Rathausplatz musste aus Sicherheitsgründen gesperrt werden. Da nicht nur das Klettergerüst in einem schlechten Zustand, sondern vor allem der Fallschutz nicht mehr zulässig ist, müsste der Spielplatz vollständig erneuert werden.

Die Kosten für eine Sanierung lägen bei rund 200.000,- €. Hierbei handelt es sich um eine grobe Schätzung, da der Unterboden belastet ist und die Kosten dadurch auch höher ausfallen können.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Um hier eine dringend gebotene Abhilfe schaffen zu können plant Amt 41 die Anschaffung eines Spielplatzcontainers als Ersatz für den gesperrten Spielplatz.

Die Anschaffung eines solchen Containers war 2023 bereits beschlossen worden (Beschluss im KFA am 4.10.2023, Beschlussvorlage 41/053/2023).

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Aus Sicht des Amtes 41 handelt es sich hierbei um eine Ersatzbeschaffung, die unter Zugrundelegung der Richtlinien zur vorläufigen Haushaltsführung und der Vorgaben, die sich durch Art. 69 in Verbindung mit Art. 57 GO ergeben (Weiterführung einer Aufgabe, Notwendigkeit und Unaufschiebbarkeit) zulässig ist.

Die Mittel für die Anschaffung eines Spielplatzcontainers in Höhe von 50.000,- € sind im Investitionsbudget für Spielgeräte des Amtes vorhanden.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ☐ ja, positiv*
☐ ja, negativ*
☒ nein

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

- ☐ ja*
☐ nein*

*Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	50.000,- €	bei IPNr.: 366E.355 (Spielgeräte)
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- ☐ werden nicht benötigt
☒ sind vorhanden auf IvP-Nr. 366E.355
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☐ sind nicht vorhanden

Anlagen:

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Kultur- und Freizeitausschuss am 12.11.2025

Protokollvermerk:

Auf Antrag von Fr. StRin Schenkel wird der TOP in den HFPA verwiesen. Der Vertagung wird mit 9:0 Stimmen zugestimmt.

Ergebnis/Beschluss:

Stimmen

Aßmus

Vorsitzende/r

Drummer

Schriftführer/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/61/614

Verantwortliche/r:
Amt für Stadtplanung und Mobilität

Vorlagennummer:
614/102/2025

Haushaltskonsolidierungskonzept, Fortschreibung des Beschlusses der Reduzierung der Außendienstmitarbeiter der Kommunalen Verkehrsüberwachung

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	03.12.2025	Ö	Beschluss	
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsbeirat	09.12.2025	Ö	Empfehlung	
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	09.12.2025	Ö	Beschluss	
Stadtrat	11.12.2025	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Die Maßnahme I/KVÜ/36 aus dem vom 30.04.2025 beschlossenen HKK wird an Ref. VI übertragen.
2. Die Kürzung im Stellenplan bei ZV KVÜ um 2 Außendienststellen für den ruhenden Verkehr wird modifiziert. Die Stellen sollen erst Ende 2027 besetzt werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt die Ausweitung der Kontrollen im fließenden Verkehr zu prüfen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit dem Beschluss Nr. II/39/2025 wurde am 30.04.2025 verfügt, dass eine Optimierung der Wirtschaftlichkeit der Verkehrsüberwachung im Stadtgebiet stattfinden soll (Anlage 2, I/KVÜ/ Lfd.Nr. 36). Die Kosten für die Überwachung des ruhenden Verkehrs werden durch Bußgelder im ruhenden Verkehr nicht ausgeglichen. Deshalb sollen 2 Planstellen bei gleichzeitiger Reduzierung der Überwachung in Gebieten mit wenig Parkverstößen reduziert werden.

Dieser Beschluss muss sowohl aus Gründen der Sicherheit und Ordnung des Straßenverkehrs als auch aus Gründen der Wirtschaftlichkeit umgewandelt werden.

Zunächst hat die Überwachung des ruhenden Verkehrs eine ordnende Aufgabe. So müssen auch in den Gebieten, in denen der Parkraum nicht bewirtschaftet wird, die Durchfahrtsbreiten für die Rettungsdienste sichergestellt und die Feuerwehranfahrtszonen freigehalten werden. Hierzu bedarf es zwingend der Überwachung.

Mit dem oben genannten Beschluss (Anlage 2, Ref. VI/Amt 66/ Lfd.Nr. 48, 54 und 55) wurde zudem die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung beschlossen. Um einen gleichbleibenden Überwachungsdruck zu gewährleisten, werden hierzu zusätzliche Außendienstkräfte beim Zweckverband Kommunale Verkehrsüberwachung benötigt. Eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung auf weitere Gebiete ist ohne eine ausreichende Überwachung nicht sinnvoll. Aus der Bürgerschaft werden auch jetzt bereits immer wieder Beschwerden über falsch parkende Fahrzeuge an die Verwaltung herangetragen.

Tatsächlich waren die wirtschaftlichen Ergebnisse der Überwachung des ruhenden Verkehrs in den beiden letzten beiden Jahren nicht negativ (2024 +31.398€, 2023 +144.112 €).

Die im HKK stehende Erläuterung zu der Idee I/KVÜ/36 mit dem Abbau von 2 Planstellen im ruhenden

Verkehr kommt derzeit finanziell nicht zum Tragen, da es sich um zwei Stellen handelt, die bisher nicht besetzt wurden und sich damit bisher auf das Haushaltsergebnis des Zweckverbandes nicht ausgewirkt haben. Eine Erhöhung der Ausschüttung des Zweckverbandes wird aufgrund dessen nicht erfolgen.

Um die Wirtschaftlichkeit des Zweckverbandes Kommunale Verkehrsüberwachung zu optimieren, ist aus Sicht des Fachamts die Überwachung des fließenden Verkehrs deutlich besser geeignet. Es wird deshalb seitens der Verwaltung geprüft, ob eine Kompensierung der beiden Stellen durch eine Erhöhung der Überwachungsstunden im fließenden Verkehr möglich ist. Die Überwachung des fließenden Verkehrs ist deutlich gewinnträchtiger (2024 +532.363 €).

Vor allem aber liefert die Überwachung des fließenden Verkehrs einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit des Straßenverkehrs. Aus fachlicher Sicht ist eine verstärkte Überwachung notwendig, da es Örtlichkeiten gibt, an denen bis zu beinahe 20% Übertretungen festzustellen sind. Auch im Hinblick auf die Ausweitung von Tempo 30 im Stadtgebiet ist eine Erhöhung der Überwachungsstunden angezeigt.

Geplant ist deshalb, die Überwachungsstunden im fließenden Verkehr um 35 Stunden zu erhöhen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Im Haushaltskonsolidierungskonzept, welches vom Stadtrat am 30.04.2025 beschlossen wurde, existiert die Idee I/KVÜ/36 mit dem Titel: „Optimierung der Wirtschaftlichkeit der Verkehrsüberwachung im Stadtgebiet“.

Dies soll dadurch erreicht werden, indem, vor allem Sinne der Sicherheit, die Kontrollen im fließenden Verkehr auf 85h pro Woche erhöht werden. Aktuell sind der Stadt Erlangen 50h pro Woche zugeteilt. Es wird erwartet, dass die Erhöhung der Überwachungsstunden frühestens Mitte/ Ende 2027 durch den Zweckverband umgesetzt werden könnte.

Gleichzeitig sollen die beiden Außendienststellen für den ruhenden Verkehr im Stellenplan des Zweckverbandes nicht gestrichen werden. Die Besetzung der Stellen soll Ende 2027 erfolgen.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Um die Ausweitung der Überwachung des fließenden Verkehrs umzusetzen, muss der ZV KVÜ ein neues Fahrzeug mit Ausstattung und Personal anschaffen. Die Stadt Erlangen würde das neue Fahrzeug mit 35h belegen und andere Mitgliedsgemeinden des Zweckverbandes könnten den übrigen Anteil übernehmen. Der Fachbeirat ZV KVÜ berät am 04.12.2025 über die Anschaffung eines neuen Fahrzeuges und die Ausweitung der Überwachungsstunden.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☒

*ja, positiv**

☐

*ja, negativ**

☐

nein

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

☐

*ja**

☐

*nein**

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel



werden nicht benötigt



sind vorhanden auf IvP-Nr.

bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk



sind nicht vorhanden

Anlagen: Auszug aus Anlage 2 zu Beschluss Nr. II/39/2025

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
IV/41

Verantwortliche/r:
Beck, Stephan

Vorlagennummer:
41/096/2025

Antrag zum Haushalt 2026 der Grünen Liste Nr. 140/2025: Schaffung Spielplatz Odenwaldallee

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Kultur- und Freizeitausschuss	12.11.2025	Ö	Beschluss	verwiesen
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	03.12.2025	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Das Amt für Stadtteilarbeit wird im ersten Halbjahr 2026 eruieren, ob eine Mittelanmeldung für den Investitionshaushalt ab 2027 für eine Sanierung des Spielplatzes Odenwaldallee realistisch ist und dann vorbehaltlich eines entsprechenden Bedarfsbeschlusses die Mittel anmelden.
Der Fraktionsantrag der Grüne Liste-Fraktion Nr. 140/2025 ist damit bearbeitet

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Der Spielplatz Odenwaldallee muss vollständig saniert werden. Die Kosten für diese Maßnahme werden auf 490.000,- € veranschlagt. Dabei steht eine Förderung aus Städtebaumitteln in Höhe von 60 % in Aussicht.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Der Sanierung des Spielplatzes im Stadtteil Büchenbach-Nord wird von Amt 41 höchste Priorität beigemessen. Die bereits 2024 geplante Beschlussvorlage zum Bedarf wurde aufgrund der Haushaltssituation bislang nicht eingebracht.

Amt 41 wird im Laufe des ersten Halbjahrs 2026 eruieren, ob eine Mittelanmeldung zum Investitionshaushalt ab 2027 ff. möglich ist. Eine entsprechende Beschlussvorlage zum Bedarf würde dann bis Mitte 2026 in den KFA eingebracht werden. Im Zuge dessen würde auch die GEWOBAU wegen einer Unterstützung angefragt werden.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:



ja, positiv*

Da zur Sanierung auch umfangreiche Baumpflanzungen gehören, wirkt sich die Maßnahme positiv auf den Klimaschutz aus.

- ☐ ja, negativ*
- ☐ nein

Wenn ja, negativ:
Bestehen alternative Handlungsoptionen?

- ☐ ja*
- ☐ nein*

*Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- ☐ werden nicht benötigt
- ☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- ☒ sind nicht vorhanden

Anlagen: Antrag der Grünen Liste Nr. 140/2025 zum Haushalt 2026

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Kultur- und Freizeitausschuss am 12.11.2025

Protokollvermerk:

Der TOP wird in den HFPa verwiesen nach Ausführung von Fr. Vors. StRin Aßmus. Der Antrag hängt mit lfd. Nr. 48, Liste Investitionshaushalt aus TOP 2.5 zusammen. Die Abstimmung hierüber wurde bereits vorhergehend in den HFPa verhandelt.

Ergebnis/Beschluss:

Stimmen

Aßmus

Drummer

Vorsitzende/r

Schriftführer/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO
Eingang: **14.10.2025**
Antragsnr.: **140/2025**
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat: **IV / 41**
mit Referat: **II / 20 / Herr Schmied**

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 130

tel 09131/862781
e-mail: buero@gl-erlangen.de
gl-erlangen.de

Erlangen, den 14.10.2025

Haushalt 2026

Antrag zum Arbeitsprogramm von Amt 41

Schaffung Spielplatz Odenwaldallee

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir beantragen zum Arbeitsprogramm von Amt 41:

Auf dem Spielplatz in der Odenwaldallee musste die Kletterkombination bereits rückgebaut werden, es ist nur noch eine Tischtennisplatte und eine Drehscheibe vorhanden. Das umgebende Gebiet verfügt über einen hohen Sozialindex, nur wenige Haushalte verfügen über einen Garten. Erste Beteiligungskonzepte für örtliche Nutzer:innengruppen existieren bereits ebenso wie eine Kostenschätzung iHv 465-500.000 € und ein Antrag auf Förderung im Programm der Städtebauförderung ist vorbereitet. Es steht eine Förderung von 60% in Aussicht, weswegen sich die Kosten für Beteiligungsprozess, Planung und Ausführung auf 200.000€ in den Haushaltsjahren 2026 und 2027 belaufen.

- Wir beantragen die Beteiligung, Planung und Ausführung. Darüber hinaus beantragen wir, dass neben der Städtebauförderung die GEWOBAU (die im Umfeld viele Wohnungen besitzt) wegen Unterstützung angefragt wird.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Marc Urban, Sprecher für Kultur & Freizeit
gez. Eva Linhart, Fraktionsvorsitzende



F.d.R.: Wolfgang Most (Geschäftsführung)

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
IV/47/GA020

Verantwortliche/r:
Kulturamt

Vorlagennummer:
47/136/2025

Durchführung des Poet*innenfests: Fraktionsantrag 103/2025 der SPD-Fraktion zum Haushalt/Arbeitsprogramm Amt 47; Antrag 170/2025 der erlanger linken zum Haushalt Amt 47; Fraktionsantrag 195/2025 der CSU-Fraktion zum Haushalt 2026

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Kultur- und Freizeitausschuss	12.11.2025	Ö	Gutachten	verwiesen
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	19.11.2025	Ö	Beschluss	abgesetzt
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	03.12.2025	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
Stadtkämmerei (Amt 20).

I. Antrag

1. Der Aufwandsansatz von Amt 47 wird um 250.000 € erhöht.
2. Der Ertragsansatz von Amt 47 wird um 40.000 € erhöht. Die bereits einkalkulierten Einnahmen des Poet*innenfests von 90.000 € können dadurch ebenfalls erzielt werden. Damit ergibt sich eine Nettobelastung des Haushalts um 120.000 €.
3. Es wird auf das Abstimmungsskript zum HH-KFA lfd. Nr. 47.1 verwiesen.
4. Der Fraktionsantrag 103/2025 der SPD-Fraktion vom 13.10.2025 ist damit bearbeitet.
5. Der Antrag 170/2025 der erlanger linken vom 13.10.2025 ist damit bearbeitet.
6. Der Fraktionsantrag 195/2025 der CSU-Fraktion vom 13.10.2025 ist damit bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

Das Poet*innenfest soll auch 2026 in einer reduzierten Form stattfinden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

Amt 47 musste in seinem Arbeitsprogramm für 2026 vorschlagen, das Erlanger Poet*innenfest auszu-
setzen, da die für 2026 bereitgestellten Haushaltsmittel nicht für die Umsetzung des Arbeitspro-
gramms der weiteren Abteilungen von Amt 47 und für die Durchführung von zwei Festivals ausrei-
chen. Erschwerend kommt hinzu, dass 40.000 Euro zur Wiederaufnahme des Kursprogramms der Ju-
gendkunstschule und des Kinderferienlands benötigt werden, die im Jahr 2025 aus organisatorischen
Gründen ausgefallen sind, im Jahr 2026 jedoch wieder stattfinden sollen. Das Budget dafür wurde
nicht wieder bereitgestellt, die Mittel mussten aus dem Budget der Festivals entnommen werden.

Für das Poet*innenfest in der um einen Tag reduzierten Form ist ein Aufwandsansatz von 250.000
Euro erforderlich. Bislang wurden mit dem Poet*innenfest aber auch 90.000 Euro Erträge erzielt.
Diese Einnahmen sind aktuell im Haushalt eingeplant, können aber nur erzielt werden, wenn das
Poet*innenfest stattfindet. Die Kämmerei hat einen dementsprechenden Bereinigungsvermerk ein-
gefügt. Die Nettobelastung für den Haushalt würde bei gleichbleibendem Einnahmeansatz also
160.000 Euro betragen. Im Jahr 2026 wird angestrebt, die Einnahmen des Poet*innenfests um 40.000

Euro zu erhöhen, womit sich die Nettobelastung für den Haushalt auf 120.000 € reduzieren würde. Die Finanzierung des Poet*innenfests 2026 könnte folgendermaßen sichergestellt werden:

Erhöhung des Aufwandsansatzes:	250.000 €
Davon gedeckt durch	
Zu erwartende übliche Einnahmen:	- 90.000 €
Zusätzlicher Sponsor:	- 20.000 €
Weitere Einnahmen durch Spenden, Eintritte usw.:	- 20.000 €
Nettobelastung Haushalt 2026	120.000 €

Die Suche nach einem zusätzlichen Sponsor hat bereits begonnen, es werden entsprechende Gespräche geführt. Amt 47 sieht sich darüber hinaus in der Lage, die Eigeneinnahmen des Poet*innenfests durch intensivierte Spendensammlung in Verbindung mit den Pins während des Festivals, die Einrichtung eines Spendenkontos im Vorfeld sowie zusätzliche Eintrittseinnahmen um weitere 20.000 Euro zu erhöhen, ohne den niederschweligen Charakter des Festivals zu gefährden. Detaillierte Überlegungen dazu werden in einer späteren Vorlage ausgearbeitet.

Auf diese Weise bleibt im Saldo ein zusätzlicher Mittelbedarf für Amt 47 von 120.000 Euro, um ein verkürztes Poet*innenfest durchführen und trotzdem das Kursprogramm der Jugendkunstschule und das Kinderferienland wieder aufzunehmen.

3. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ☐ ja, positiv*
☐ ja, negativ*
☒ nein

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

- ☐ ja*
☐ nein*

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€ 210.000 €	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:

Korrespondierende Einnahmen €
Weitere Ressourcen

bei Sachkonto:

Haushaltsmittel

- ☐ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☒ sind nicht vorhanden

Anlagen:

Fraktionsantrag 103/2025 der SPD-Fraktion: Poet*innenfest erhalten!

Antrag 170/2025 der erlanger linken: Poet*innenfest 2026 stattfinden lassen

Fraktionsantrag 195/2025 der CSU-Fraktion: Fortführung des Poet*innenfests

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Kultur- und Freizeitausschuss am 12.11.2025

Protokollvermerk:

Auf Antrag von Fr. StRin Schenkel wird der TOP in den HFGA verwiesen. Der Vertagung wird mit 9:0 Stimmen zugestimmt. In diesem Zusammenhang wurde vorhergehend bereits die Abstimmung über lfd. Nr. 47.1, Liste Ergebnishaushalt aus TOP 2.5, in den HFGA verwiesen.

Aßmus
Vorsitzende/r

Drummer
Schriftführer/in

Beratung im Gremium: Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 19.11.2025

Protokollvermerk:

Der Tagesordnungspunkt wird durch die Verwaltung abgesetzt und in der Sitzung des HFGA am 03.12.2025 behandelt.

Ergebnis/Beschluss:

abgesetzt

Dr. Janik
Vorsitzende/r

Behringer
Schriftführer/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

CSU-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathaus
91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **15.10.2025**
Antragsnr.: **195/2025**
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat: **IV / 47**
mit Referat:

15.10.2025

Antrag zum Haushalt 2026: Fortführung des Poet*innenfests

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

das Poet*innenfest muss auch 2026 stattfinden.

Deswegen beantragen wir, dass nochmals geprüft wird, ob der Fehlbetrag von 200.000,- Euro unter Ausschöpfung aller verwaltungsinternen Möglichkeiten reduziert werden kann.

Auch die Rekrutierung von zusätzlichen Einnahmen muss geprüft werden:

- Zuschusserhöhung durch den Freistaat
- Suche nach Sponsoren
- Einrichtung eines Spendenkontos
- Intensivierung des Verkaufs der Pinnadeln o.ä. während des Festivals.

Wir können uns sehr gut vorstellen, dass viele Erlanger und Erlangerinnen die Bemühungen zur Durchführung des Poet*innenfests unterstützen werden.
Vielen Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Lehrmann
Fraktionsvorsitzender

Birgitt Aßmus
Stadträtin

Die Stadträtinnen und Stadträte der CSU-Stadtratsfraktion Erlangen:

Birgitt Aßmus, Alexandra Breun, Dr. Annika Clarner, Rosemarie Egelseer-Thurek, Dr. Kurt Höller, Harald Hüttner, Fraktionsvorsitzender Christian Lehrmann, Adam Neidhardt, Martin Ogiermann, Sophia Schenkel, Irina Schmitz, Prof. Dr. med. Rüdiger Schulz-Wendtland, Matthias Thurek, Bürgermeister Jörg Volleth, Bezirksrätin Alexandra Wunderlich

Erlangen, den 13.10.2025

**Poet*innenfestes 2026 stattfinden lassen:
Antrag zum Arbeitsprogramm des Kultursamts**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir beantragen:

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **14.10.2025**
Antragsnr.: **170/2025**
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat: **IV / 47**
mit Referat: **II / 20 / Frau Eisen**

Die im Arbeitsprogramm des Kultursamts im Abschnitt „471 – Festivals und Programme“ vorgeschlagene Aussetzung des Poet*innenfestes wird zurückgenommen. Das Poet*innenfest wird auch 2026 in bewährtem Format mit allen Angeboten stattfinden.

Wir bitten die Verwaltung um die Bezifferung der daraus entstehenden Mehraufwendungen.

Begründung:

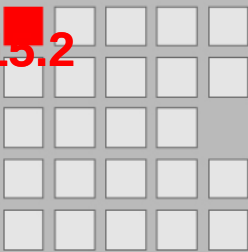
Das Poet*innenfest ist mit seinem „Umsonst und Draußen“-Konzept eine niederschwellige Veranstaltung, die es unterschiedlichsten Bevölkerungsschichten erlaubt, mit Kultur in Kontakt zu kommen – auch solchen, die sonst nicht die Gelegenheit oder Möglichkeit dazu haben. Die hohen Besucherzahlen spiegeln des Beliebtheitswerts dieses Veranstaltungsformats.

Zur (teilweisen) Gegenfinanzierung regen wir an die Motivation zum Verkauf von Stickern bei Unterstützer:innen stärker zu fördern.

Mit freundlichen Grüßen

Gabi Stadlbauer
(Stadträtin)

Lukas Eitel
(Stadtrat)



Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **13.10.2025**
Antragsnr.: **103/2025**
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat: **IV / 47**
mit Referat: **II/20/Frau Eisen**

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
09131 862225
spd.fraktion@stadt.erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

**Antrag zum Haushalt/Arbeitsprogramm Amt 47
Poet*innenfest erhalten!**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

das Poet*innenfest ist weit mehr als ein Literaturfestival – es ist ein Ort für Lesungen und Gespräche, aber auch der (politischen) Debatte, und ein Ort, an dem Menschen zusammenkommen und damit Zusammenhalt entsteht.

In den vergangenen Jahren hat das Festival durch gezielte Programmgestaltung und Veranstaltungen im öffentlichen Raum sein Publikum deutlich verbreitert. Als lebendiges, offenes Stadtereignis spricht es eine vielfältige und bunte Besucherschaft an und erreicht heute mehr Menschen denn je.

Ein Erlangen ohne Poet*innenfest können wir uns als SPD-Fraktion nicht vorstellen. Wir wollen dieses Festival für die Zukunft zu sichern.

Datum
13.10.2025

Ansprechpartnerin
Katja Rabold-Knitter

Die SPD-Fraktion beantragt daher:

Für die Durchführung des Poet*innenfestes werden im Haushalt 2026 Mittel in Höhe von 80.000 € bereitgestellt.

Seite
1 von 1

Die Verwaltung zeigt auf, wie auch durch programmatische Veränderungen oder neue konzeptionelle Ansätze das Festival 2026 auf dieser Basis durchgeführt werden kann. Dazu wird auch dargestellt, wie weitere externe Mittel, z.B. durch Sponsoring oder „Crowdfunding“, gewonnen werden können.

Sollten die eingestellten und eingeworbenen Mittel nicht ausreichen, wird für das Poet*innenfest das Erheben von Eintrittspreisen erwogen. Dafür ist für uns allerdings Voraussetzung, dass besonders niedrigschwellige Angebote und diejenigen für Kinder und Jugendliche kostenfrei bleiben und dass großzügige Ermäßigungen z.B. für Inhaber*innen des ErlangenPasses bestehen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Philipp Dees
Fraktionsvorsitzender

Katja Rabold-Knitter

f.d.R. Katja Rabold-Knitter
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
V/RD017

Verantwortliche/r:
Referat V

Vorlagennummer:
V/088/2025

Überweisung von Anträgen zum Haushalt / Arbeitsprogramm Amt 50 für das Jahr 2026 aus dem SGA/WA-EJC vom 12.11.2025 in den HFGA am 03.12.2025

Beratungsfolge	Termin	Ö/N Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	03.12.2025	Ö	Beschluss

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Sozialverwaltung empfiehlt dem Ausschuss die Ablehnung der Anträge mit den laufenden Nummern 104/2025, 185/2025 und 186/2025.

II. Begründung

Es wird auf die in der Anlage 4 hinterlegten Ausführungen verwiesen.

Der Antrag zum Haushalt/Arbeitsprogramm Amt 50 der SPD im Erlanger Stadtrat mit der Nr. 104/2025 sowie die Anträge zum Haushalt/Arbeitsprogramm Amt 50 der ödp im Erlanger Stadtrat mit der Nr. 185/2025 und 186/2025 lagen in der Sitzung des SGA / WA EJC am 12.11.2025 zur Beratung und zum Beschluss vor und sind durch den Ausschuss zur weiteren Beratung und Beschlussfassung in die Sitzung des HFGA am 03.12.2025 verwiesen worden.

Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐

ja, positiv*

☐

ja, negativ*

☒

nein

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

☐

ja*

☐

nein*

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel



werden nicht benötigt



sind vorhanden auf IvP-Nr.

bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk



sind nicht vorhanden

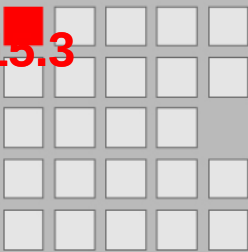
Anlagen: Anlage 1: Antrag SPD Fraktion 104/2025
Anlage 2: Antrag ödp-Antrag 185/2025
Anlage 3: Antrag ödp-Antrag 186/2025
Anlage 4: Stellungnahme der Verwaltung

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO
Eingang: **13.10.2025**
Antragsnr.: **104/2025**
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat: **V / 50**
mit Referat:

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
09131 862225
spd.fraktion@stadt.erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Antrag zum Haushalt/Arbeitsprogramm von Amt 50

Liquidität Frauenhaus sichern

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für das Erlanger Frauenhaus ist im aktuellen Haushaltsentwurf ein deutlich gekürzter städtischer Zuschuss vorgesehen. Dabei handelt es sich nach Auskunft der Verwaltung um eine einmalige Zuschussreduzierung aufgrund vorhandener Rücklagen der Einrichtung.

Um zu vermeiden, dass es dennoch im nächsten Jahr dort zu einer Einschränkung der unverzichtbaren Tätigkeit des Frauenhauses kommt, stellen wir folgenden Antrag:

Für den Fall, dass das Erlanger Frauenhaus im Jahr 2026 aufgrund unerwarteter Entwicklungen in einen finanziellen Engpass gerät, sagt die Verwaltung zu, das Frauenhaus zusätzlich finanziell zu unterstützen.

Datum
13.10.2025

Ansprechpartnerin
Katja Rabold-Knitter

Seite
1 von 1

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Philipp Dees
Fraktionsvorsitzender

Katja Rabold-Knitter

f.d.R. Katja Rabold-Knitter
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Barbara Grille M.A.

ÖDP-Stadt- und Bezirksrätin

Vogelherd 2, 91058 Erlangen

An den Oberbürgermeister
der Stadt Erlangen
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 14.10.2025
Antragsnr.: 185/2025
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: V / 50
mit Referat:

Erlangen, den 14. Oktober 2025

Antrag HH 2026 _Amt 50_ Arbeitsprogramm: Konzeptentwicklung für eine flächendeckende soziale Infrastruktur im Pflegebereich

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

in Erlangen besteht ein wachsender Bedarf an einer tragfähigen und gleichmäßig verteilten sozialen Infrastruktur im Bereich Pflege und Wohnen im Alter. Während einige Stadtteile bereits über Angebote verfügen, sind andere bislang un- oder deutlich unterversorgt. Um diesen Disparitäten zu begegnen, ist eine strategische und konzeptionelle Grundlage erforderlich.

Ich beantrage daher im Arbeitsprogramm von Amt 50 für das Jahr 2026 zu verankern, dass ein städtisches Handlungskonzept „Pflegeförderung und soziale Infrastruktur“ erstellt werde. Ziel des Konzepts soll sein:

- den flächendeckenden Ausbau sozialer und pflegerischer Angebote in allen Stadtteilen planerisch vorzubereiten;
- Möglichkeiten zur Förderung und Unterstützung von Trägern beim Aufbau neuer Pflegeeinrichtungen (stationär, ambulant, Tages- und Nachtpflege) aufzuzeigen;
- Strategien zur Förderung alternativer Wohnformen im Alter zu entwickeln;

- und kosteneffiziente Anreize für private und gemeinnützige Akteure zu definieren, um neue Projekte anzustoßen.

Die Stadt soll dabei eine koordinierende und fördernde Rolle einnehmen – vergleichbar mit der Erlanger Wirtschaftsförderung im unternehmerischen Bereich. Eine solche konzeptionelle Grundlage ist Voraussetzung für eine zukunftsfähige, gerechte und flächendeckend verfügbare soziale Infrastruktur in allen Stadtteilen Erlangens.

Mit Dank und ökologischen Grüßen

Barbara Grille

ÖDP-Stadträtin

Barbara Grille M.A.

ÖDP-Stadt- und Bezirksrätin

Vogelherd 2, 91058 Erlangen

An den Oberbürgermeister
der Stadt Erlangen
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 14.10.2025
Antragsnr.: 186/2025
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: V / 50
mit Referat:

Erlangen, den 14. Oktober 2025

Antrag HH 2026 _ Amt 50_Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten ohne Konsumzwang in den Stadtteilen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich beantrage, im Arbeitsprogramm des Sozialamts für den Haushalt 2026 Maßnahmen zur Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten ohne Konsumzwang - auch als Maßnahme gegen Einsamkeit - zu veranlassen.

Begründung:

Offene, niedrighschwellige Begegnungsorte sind entscheidend für den sozialen Zusammenhalt in einer Stadt. Viele derzeitige Treffpunkte, wie Cafés oder Gaststätten, sind jedoch an Kaufverhalten gekoppelt und damit für Menschen mit geringem Einkommen kaum zugänglich. Gerade ältere Menschen, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderung oder begrenzten finanziellen Möglichkeiten benötigen sozial und wirtschaftlich zugängliche Räume, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Das Sozialamt soll daher – gegebenenfalls in Kooperation mit weiteren Ämtern und Trägern – ein Konzept entwickeln und erste Pilotstandorte vorschlagen, an denen dauerhaft konsumfreie, barrierearme Begegnungsorte entstehen können. Diese Orte sollen zur aktiven Teilhabe einladen, Nachbarschaft stärken und Einsamkeit vorbeugen.

Mit Dank und ökologischen Grüßen

Barbara Grille

ÖDP-Stadträtin

Fraktionsanträge zum Arbeitsprogramm / Haushalt 2026

Anträge, die in der Sitzung des SGA / WA EJC am 12.11.25 in den HFPA am 3.12.2025 verwiesen wurden

Fraktion/ Antr.-Nr.	Betreff	Auswirkung auf Budget	Anmerkungen Amt 50	Abstimmungs- ergebnis
SPD Fraktion 104/2025	Sicherung der Liquidität des Frauenhauses im Jahr 2026 durch zusätzliche finanzielle Unterstützung bei finanziellem Engpass	nicht abschätzbar, da finanzieller Engpass vorausblickend nicht absehbar ist	Empfehlung der Sozialverwaltung: Ablehnung - aufgrund von finanziellen Rücklagen des Vereins ist derzeit kein zusätzlicher Zuschussbedarf absehbar; - in der derzeitigen Haushaltslage stehen keine finanziellen Mittel für lediglich etwaige Liquiditätsengpässe zur Verfügung; - gemäß Gemeindeordnung muss für eine Bezuschussung der Bedarf „notwendig“ und „unaufschiebbar“ sein	Abstimmung HFPA 3.12.25 Einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen
ÖDP 185/2025	Konzeptentwicklung für eine flächendeckende soziale Infrastruktur im Pflegebereich	der Aufbau, die Umsetzung und die damit einhergehende finanzielle Förderung von Akteuren für neue Pflegekonzpte erfordert umfangreiche Haushaltsmittel, räumliche Ressourcen und personelle Ressourcen (Pflegefach- und - hilfspersonen); die Förderung alternativer Wohnformen	Empfehlung der Sozialverwaltung: Ablehnung - ambulante Dienste erhalten eine finanzielle Förderung durch die Stadt; - strukturelles Defizit in der Pflege besteht lt. aktueller Pflegebedarfsermittlung v.a. in Mangel an Pflegefach- und -hilfspersonen, so dass Kapazitäten der bestehenden Pflegestrukturen nicht ausgeschöpft werden können; - mit der Seniorenquartiersarbeit werden in Kooperation mit verschiedenen Trägern Strukturen zur Stärkung der häuslichen Versorgung, der Nachbarschaftshilfe und für Prävention aufgebaut und durch die Stadt bezuschusst; mit diesen soll Wohnen zu Hause möglichst lange aufrechterhalten werden; - konzeptionelle Ansätze für die Weiterentwicklung der Pflege (z.B. quartiersnahe Pflege; Pflege WGs) sind bekannt; wesentlich wäre vielmehr die tatsächliche Umsetzung von Konzepten auf kommunaler Ebene; dies erfordert für finanzielle Anreize für Akteure	Abstimmung HFPA 3.12.25 Einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen

Fraktion/ Antr.-Nr.	Betreff	Auswirkung auf Budget	Anmerkungen Amt 50	Abstimmungs- ergebnis
		erfordert zusätzliche Haushaltsmittel;	jedoch zusätzliche Haushaltsmittel sowie räumliche und v.a. personelle Ressourcen (Fachkräfte); • die Pflegesituation muss darüber hinaus vor dem Hintergrund der Finanzierungs- und strukturellen Probleme der Pflegeversicherung bewertet werden; diese können kommunal nicht kompensiert werden; • die tatsächlichen Umsetzungschancen für konzeptionelle Planungen sind daher derzeit insgesamt als gering einzuschätzen;	
ÖDP 186/2025	Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten ohne Konsumzwang in den Stadtteilen	• der Aufbau neuer Treffpunkte erfordert finanzielle, personelle und räumliche Ressourcen;	Empfehlung der Sozialverwaltung: Ablehnung • von der AG „Gemeinsam gegen einsam“ in der Gesundheitsregion plus Erlangen-Höchstädt & Erlangen (Geschäftsstelle bei Gesundheitsamt) wurde auf der Website „was – wie - wo“ eine gesonderte Kategorie „Gemeinsam statt einsam“ erstellt; • diese listet offene Treffpunkte ohne Konsumzwang für verschiedene Adressat*innen (z.B. Senior*innen; Eltern und Familie; Kinder und Jugendliche; Alleinerziehende; Frauen) mit derzeit mehr als 50 Treffpunkten und Anlaufstellen auf; darüber hinaus werden Informationen über Einsamkeit vermittelt; für die Unterseite „Offene Treffs“ wurde über eine Postkartenaktion bei Multiplikatoren geworben; • wesentlich ist daher vorwiegend die intensive Bewerbung der bereits vorhandenen Treffpunkte über Multiplikator*innen; entsprechende Strategien zur Bewerbung sollen in der AG Einsamkeit weiterentwickelt werden	Abstimmung HFPA 3.12.25 Einstimmig / mit ... gegen ... Stimmen

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
I/52

Verantwortliche/r:
Amt 52

Vorlagennummer:
52/192/2025

Antrag 2026_Amt 52_ Arbeitsprogramm und Sachkostenbudget: Hitzeschutzmaßnahmen

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Sportbeirat	11.11.2025	Ö	Empfehlung	verwiesen
Sportausschuss	11.11.2025	Ö	Beschluss	verwiesen
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	03.12.2025	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Der Erlanger Hitzeaktionsplan wird kontinuierlich weiterentwickelt und unter Koordinierung von Amt 52 durch die Fachämter umgesetzt. Hierfür benötigte Finanzmittel sind generell den Fachämtern zuzuordnen bzw. von diesen bei der Kämmerei zu beantragen.

Der Antrag Nr. 192/2025 der ÖDP-Stadträtin Barbara Grille vom 14.10.2025 gilt somit als bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Im Mai 2023 ist der Hitzeaktionsplan der Stadt Erlangen in Kraft getreten. Er enthält einen Maßnahmenkatalog, der zuvor durch eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe mit Koordination des Amtes für Sport und Gesundheitsförderung erarbeitet wurde. Ziel des Hitzeaktionsplans ist die Prävention von Gesundheitsrisiken, die durch zunehmende Hitze im Stadtgebiet entstehen. Der Erlanger Hitzeaktionsplan beinhaltet langfristige Maßnahmen, vorbereitende Maßnahmen vor dem Sommer und Ad-hoc-Maßnahmen (bei Hitzewarnstufe 1 des Deutschen Wetterdienstes).

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Dabei liegt Fokus auf Maßnahmen, die auf Ebene der Verhaltensprävention ansetzen, d.h. die Sensibilisierung und Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger, insbesondere vulnerabler Gruppen, sowie die Schaffung von verbesserten Informationsangeboten. Zum Teil sind auch strukturelle Anpassungsmaßnahmen enthalten. Der Hitzeaktionsplan verweist in Bezug auf längerfristige strukturelle Maßnahmen auf das Klimaanpassungskonzept der Stadt Erlangen, das sowohl in seinen Kernzielen als auch bei fast allen Schlüsselmaßnahmen die Hitzeanpassung einschließt. Ein Beispiel ist hier der im Antrag aufgelistete Punkt „Ausbau von Beschattungs- und Begrünungsmaßnahmen an stark frequentierten Plätzen“.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Bei Maßnahmen zur Klimaanpassung bzw. zum Hitzeschutz der Stadtbevölkerung handelt es sich um Querschnittsaufgaben. Zwar geben der Hitzeaktionsplan und das Klimaanpassungskonzept einen Rahmen vor, die Maßnahmen sind jedoch größtenteils in Regelaufgaben und laufende Prozesse verschiedener Fachämter integriert.

Daher sind die im Antrag aufgelisteten Maßnahmen direkt durch die betroffenen Fachämter umzusetzen.

- Schaffung und deutliche Kennzeichnung von kühlen Aufenthaltsorten in der Stadt;
- Ausbau von Beschattungs- und Begrünungsmaßnahmen an stark frequentierten Plätzen;
- Weitere Bereitstellung von öffentlichen Trinkwasserstellen;
- sowie gezielte Informationskampagnen zur Gesundheitsvorsorge bei Hitze.

Die finanziellen Rahmenbedingungen sind wie bei anderen Maßnahmen durch die Fachämter über Amt 20 zu beantragen bzw. den Fachämtern zuzuordnen. Amt 52 übernimmt bei der Umsetzung des Hitzeaktionsplans nicht die Aufgabe, finanzielle Mittel an die Fachämter zu verteilen.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ☐ ja, positiv*
☐ ja, negativ*
X nein

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

- ☐ ja*
☐ nein*

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Haushaltsmittel

- ☐ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
X sind nicht vorhanden

Anlagen: Anlage 1: Antrag Nr. 192/2025 der ÖDP-Stadträtin Barbara Grille vom 14.10.2025
Anlage 2: Auszug Änderungsanträge HH

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Sportausschuss am 11.11.2025

Protokollvermerk:

Die Beschlussvorlage wird in die nächste Sitzung des Haushaltsausschusses am 19.11.2025 vertagt.

Ergebnis/Beschluss:

Der Erlanger Hitzeaktionsplan wird kontinuierlich weiterentwickelt und unter Koordinierung von Amt 52 durch die Fachämter umgesetzt. Hierfür benötigte Finanzmittel sind generell den Fachämtern zuzuordnen bzw. von diesen bei der Kämmerei zu beantragen.

Der Antrag Nr. 192/2025 der ÖDP-Stadträtin Barbara Grille vom 14.10.2025 gilt somit als bearbeitet.

mit 9 gegen 0 Stimmen

Volleth
Vorsitzender

Jakisch
Schriftführerin

Beratung im Gremium: Sportbeirat am 11.11.2025

Protokollvermerk:

Die Beschlussvorlage wird in die nächste Sitzung des Haushaltsausschusses am 19.11.2025 vertagt.

Ergebnis/Beschluss:

Der Erlanger Hitzeaktionsplan wird kontinuierlich weiterentwickelt und unter Koordinierung von Amt 52 durch die Fachämter umgesetzt. Hierfür benötigte Finanzmittel sind generell den Fachämtern zuzuordnen bzw. von diesen bei der Kämmerei zu beantragen.

Der Antrag Nr. 192/2025 der ÖDP-Stadträtin Barbara Grille vom 14.10.2025 gilt somit als bearbeitet.

mit 12 gegen 0 Stimmen

Volleth
Vorsitzender

Jakisch
Schriftführerin

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Barbara Grille M.A.

ÖDP-Stadt- und Bezirksrätin

Vogelherd 2, 91058 Erlangen

An den Oberbürgermeister
der Stadt Erlangen
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 14.10.2025
Antragsnr.: 192/2025
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: I / 52
mit Referat: II / 20 / Frau Eisen

Erlangen, den 14. Oktober 2025

**Antrag HH 2026 _Amt für Sport und Gesundheitsförderung_
Arbeitsprogramm und Sachkostenbudget: Hitzeschutzmaßnahmen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich beantrage, dass das Amt für Sport und Gesundheitsförderung im Haushaltsjahr 2026 Maßnahmen zur weiteren Verbesserung, Ausweitung und rechtzeitigen Umsetzung flächendeckender Hitzeschutzmaßnahmen entwickelt und umsetzt. Dafür sind mindestens 80.000€ in den Haushalt einzustellen.

Vor einer Beschlussfassung soll dem Stadtrat ein Bericht über den aktuellen Stand der bereits umgesetzten Hitzeschutzmaßnahmen des Hitzeaktionsplan vorgelegt sowie deren Wirksamkeit dargestellt werden.

Begründung:

Steigende Temperaturen und zunehmende Hitzetage stellen eine wachsende Gesundheitsgefahr dar. Besonders gefährdet sind ältere Menschen, Kinder, chronisch Erkrankte und Menschen in dicht bebauten Stadtvierteln. Hitzeschutz ist daher auch eine Frage der öffentlichen Gesundheitsvorsorge und gehört zur kommunalen Daseinsfürsorge.

Das Amt für Sport und Gesundheitsförderung sollte gemeinsam mit den anderen Fachämtern weiterhin gezielte und wirksamere Maßnahmen umsetzen, darunter:

- Schaffung und deutliche Kennzeichnung von kühlen Aufenthaltsorten in der Stadt;
- Ausbau von Beschattungs- und Begrünungsmaßnahmen an stark frequentierten Plätzen;
- Weitere Bereitstellung von öffentlichen Trinkwasserstellen;
- sowie gezielte Informationskampagnen zur Gesundheitsvorsorge bei Hitze.

Diese Maßnahmen müssen rechtzeitig vor Beginn der nächsten Hitzeperioden umgesetzt werden, um die Bevölkerung effektiv zu schützen und gesundheitliche Belastungen zu vermeiden. Der Klimawandel wartet nicht – die Stadt muss hier schnell, koordinativ und präventiv handeln.

Mit Dank und ökologischen Grüßen

Barbara Grille

ÖDP-Stadträtin

Ö 15.4

lfd.Nr.		Änderungsanträge zum Verwaltungsentwurf 2026 (Stand: 31.10.2025) Hinweis Ref. II: Mit Annahme von Änderungsanträgen über Zuwendungen/Zuschüsse wird das Budget für den genannten Zweck erhöht. Die Bereitstellung von Budgetmitteln begründet keinen Rechtsanspruch auf Gewährung von Zuwendungen und Zuschüssen. Der Vollzug der Zuschussrichtlinien obliegt dem budgetierten Fachamt.	Mehrerträge (+) oder Mindererträge (-) in Euro	Einsparung (+) oder Mehraufwand (-) in Euro	Verbesserung (+) Verschlechterung (-) in Euro	Abstimmung Fachausschuss
Sachmittelbudgets						
Sportausschuss am 11.11.2025						
Amt 52		Amt für Sport und Gesundheitsförderung				
52.1	ÖDP-StRin Grille 192/2025	Verbesserung, Ausweitung und rechtzeitige Umsetzung flächendeckender Hitzeschutzmaßnahmen im Stadtgebiet <i>Hinweis: Die freiwilligen Leistungen sind im Zuge der Haushaltskonsolidierung zwingend zu reduzieren. Jede Neuaufnahme oder Erhöhung einer freiwilligen Leistung ist mit der vorläufigen Haushaltsführung nach Art. 69 GO unvereinbar.</i>		-80.000	-80.000	verwiesen in den HH-HFPA

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
I/EB77

Verantwortliche/r:
Kintopp, Christoph

Vorlagennummer:
773/090/2025

Antrag zum Haushalt / Arbeitsprogramm des EB 77: Bericht über das Förderprogramm zur Entsiegelung der Innenstadt mit Baumpflanzungen

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
----------------	--------	-----	-------------	------------

Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	18.11.2025	Ö	Beschluss	verwiesen
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	03.12.2025	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Der Antrag Nr. 109/2025 der SPD-Fraktion vom 13.10.2025 ist hiermit bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Der EB77 als Eigenbetrieb arbeitet nicht auf Grundlage eines Arbeitsprogramms, sondern auf Basis eines Wirtschaftsplans. Die im Zusammenhang mit dem Bundesförderprogramm notwendigen Eigenmittel sind im aktuellen Wirtschaftsplan nicht mehr veranschlagt, da sie infolge der angespannten Haushaltslage eingezogen wurden. Aus diesem Grund konnte das Bundesförderprogramm nicht weitergeführt werden und wurde entsprechend zurückgegeben.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

☐
☒
☐

ja, positiv*
ja, negativ*
nein

Wenn ja, negativ:
Bestehen alternative Handlungsoptionen?

☐ ja*
☒ nein*

*Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

☐ werden nicht benötigt
☐ sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
☒ sind nicht vorhanden

Anlagen: Fraktionsantrag der SPD Fraktion 109/2025

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77 am 18.11.2025

Protokollvermerk:

Dieser Tagesordnungspunkt wird als Einbringung behandelt und in den HFPA am 03.12.2025 verwiesen. Hierüber besteht Einvernehmen.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen. Der Antrag Nr. 109/2025 der SPD-Fraktion vom 13.10.2025 ist hiermit bearbeitet.

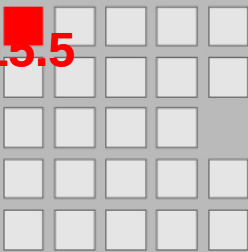
Dr. Janik
Vorsitzende/r

Sperber
Schriftführer/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO
Eingang: 13.10.2025
Antragsnr.: 109/2025
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: I / EB 77
mit Referat:

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
09131 862225
spd.fraktion@stadt.erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Antrag zum Haushalt / Arbeitsprogramm des EB 77

Entsiegelung und Baumpflanzungen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Erlangen konnte in den letzten Jahren das von der damaligen SPD-geführten Bundesregierung aufgelegte Förderprogramm zur Innenstadtentsiegelung für Baumpflanzung und Entsiegelung nutzen. Maßnahmen in diesem Bereich dienen neben Biodiversität und Verbesserung des Mikroklimas nicht zuletzt auch der Stärkung von Aufenthaltsqualität und Freizeitnutzung des öffentlichen Raums. Leider stößt die Umsetzung auf Probleme mit den Planungen für den notwendigen Leitungsausbau im Rahmen der Wärmewende.

Trotzdem sind Entsiegelungen gerade in der Innenstadt wichtig, um die Aufenthaltsqualität zu verbessern.

Datum
13.10.2025

Ansprechpartnerin
Katja Rabold-Knitter

Die SPD-Fraktion stellt daher folgenden Antrag zum Arbeitsprogramm des EB 77:

Seite
1 von 1

Die Verwaltung prüft, inwieweit trotz der Schwierigkeiten und Einschränkungen durch die Planungen für den nötigen Ausbau von Leitungen dennoch Maßnahmen zur Innenstadtentsiegelung und Baumpflanzung in der Innenstadt möglich sind und das Bundesförderprogramm hierfür weiterhin genutzt werden kann. Darüber wird im UVPa berichtet.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Philipp Dees
Fraktionsvorsitzender

Katja Rabold-Knitter

f.d.R. Katja Rabold-Knitter
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/113

Verantwortliche/r:
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:
113/114/2025

Haushalt 2026; Stellenplan 2026 Liste A - Veränderungen des Stellenplans

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	03.12.2025	Ö	Gutachten	
Stadtrat	22.01.2026	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die auf der beiliegenden Stellenplanantragsliste (Anlage 1) befindlichen Positionen (Stellenschaffungen, Stellensperrungen, Funktionsänderungen, kw-Vermerke, Stundensperrungen und Stundenentsperrungen) und die bereits durch das Haushaltskonsolidierungskonzept beschlossenen Änderungen des Stellenplans (Anlage 2) ändern und ergänzen den Stellenplan 2026.

II. Begründung

Zur Anlage 1:

Die auf der Stellenplanantragsliste befindlich Stellenschaffungen und Stelleneinzüge führen insgesamt zu einem sog. „Nullstellenplan“ hinsichtlich der Haushaltsbelastung. Hierbei erfolgt ein Ausgleich auch über Referatsgrenzen hinweg.

Zur Anlage 2:

Die bereits beschlossenen Einsparungen des Haushaltskonsolidierungskonzepts (Beschluss des Stadtrates vom 30.04.2025), welche teilweise erst durch Stellenschaffungen realisiert werden können, entlasten den Haushalt in Summe um ca. 986.000.- €.

Den in dieser Einsparsumme bereits gegengerechneten Stellenschaffungen in Höhe von ca. 495.000.- € stehen hierbei ausweislich des Haushaltskonsolidierungskonzepts prognostizierte Einnahmen im Jahr 2026 in Höhe von ca. 993.600.- €, sowie in den Folgejahren in Höhe von ca. 1.448.000.- € gegenüber.

Die eingegangenen Änderungsanträge zum Stellenplan befinden sich in der Anlage.

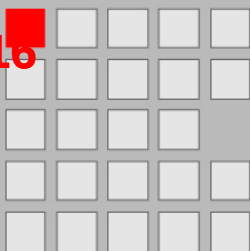
Anlagen: Übersicht neue Stellenplananträge für die Liste A – Anlage 1
Übersicht Änderungen durch das Haushaltskonsolidierungskonzept – Anlage 2
Änderungsanträge 108, 114-136, 155, 156, 164, 180, 188 - Anlagen

III. Abstimmung siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **13.10.2025**
Antragsnr.: **108/2025**
Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
Zust. Referat: **III / 11**
mit Referat: **III / 17**

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
09131 862225
spd.fraktion@stadt.erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

**Antrag zum Stellenplan
Schaffung von rentierlichen Stellen für Digitalisierung**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

das Amt für Digitalisierung und Informationstechnik hat in den vergangenen Jahren durch den Ausbau der digitalen Infrastruktur, die erfolgreiche Einführung des Dokumentenmanagementsystems (DMS), die Umsetzung von OZG-Leistungen sowie die stetige Optimierung der IT-Koordination Arbeitsabläufe modernisiert, Bearbeitungszeiten verkürzt und die Servicequalität für Bürgerinnen und Bürger deutlich verbessert. Diese Erfolge zeigen, dass die strategische Digitalisierung der Verwaltung ein zentraler Hebel für Effizienz, Transparenz und Wirtschaftlichkeit ist.

Um diesen positiven Trend konsequent fortzusetzen und die bereits geschaffene Basis weiter auszubauen, ist eine gezielte personelle Verstärkung erforderlich.

Datum
13.10.2025

Zur Weiterentwicklung der digitalen Verwaltung und zur gezielten Nutzung moderner Technologien sollen im kommenden Jahr folgende Stellen geschaffen werden:

Ansprechpartnerin
Katja Rabold-Knitter

1. Fachstelle für Künstliche Intelligenz & Webtechnik (1,0 VZÄ)
2. Fachstelle für Online-Dienste & OZG und Registermodernisierung (1,0 VZÄ)
3. Fachstelle für Prozessdigitalisierung & Projektmanagement (1,0 VZÄ)

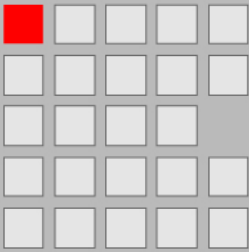
Seite
1 von 2

Erfahrungen aus anderen Kommunen und aktuelle Studien wie zum Beispiel die Vitako-Studie (IW 2022) oder das „NKR-Gutachten E-Government“ der Universität Potsdam zeigen, dass eine forcierte Digitalisierung der Verwaltung signifikante Einsparungen im Millionenbereich ermöglicht.

Wir beantragen deswegen, darüber hinaus die Aufwendungen aus der Verwaltungstätigkeit ab dem Jahr 2027 jährlich um 2 Millionen Euro zu senken.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Philipp Dees
Fraktionsvorsitzender



SPD Fraktion im Stadtrat Erlangen

Katja Rabold-Knitter

f.d.R. Katja Rabold-Knitter
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
09131 862225
spd.fraktion@stadt.erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Datum
13.10.2025

Ansprechpartnerin
Katja Rabold-Knitter

Seite
2 von 2

Klimaliste Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **14.10.2025**

Antragsnr.: **114/2025**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **III / 11**

mit Referat:

Erlangen, den 14. Oktober 2025

Antrag für den Haushalt 2026

**Schaffung von drei Personalstellen im Amt 61 für die Verkehrsplanung
Umweltverbund**

Begründung:

Die Stadt Erlangen hat am 29.5.2020 den Klimanotstand ausgerufen. Dabei hat die Stadt Erlangen die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels zur höchsten Priorität erklärt und sich zu einer schnellen Reduzierung der CO₂-Emissionen in der gesamten Stadt verpflichtet.

Einen wichtigen Beitrag zur Einhaltung der Klimaziele trägt die Verkehrswende und damit die Stärkung des Umweltverbundes bei. In der Vergangenheit wurde die langsame Umsetzung in der Umgestaltung mit starken Personalmangel begründet.

Neben der Umsetzung des Zukunftsplan Radverkehr, sind des Weiteren der Ausbau des ÖPNV, der Mobilpunkte, des Bikesharings und ausreichend Platz für Fußgänger*innen sehr wichtig.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Hornschild
(Stadtrat)

Martin Hundhausen
(Stadtrat)

Klimaliste Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **14.10.2025**

Antragsnr.: **115/2025**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **III / 11**

mit Referat:

Erlangen, den 14. Oktober 2025

Antrag für den Haushalt 2026

Schaffung von zwei Personalstellen im Amt 61: „Radverkehrsbeauftragte*r“

Begründung:

Die Stadt Erlangen hat am 29.5.2020 den Klimanotstand ausgerufen. Dabei hat die Stadt Erlangen die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels zur höchsten Priorität erklärt und sich zu einer schnellen Reduzierung der CO₂-Emissionen in der gesamten Stadt verpflichtet.

Einen wichtigen Beitrag zur Einhaltung der Klimaziele trägt die Verkehrswende und damit die Stärkung des Umweltverbundes bei. In der Vergangenheit wurde die langsame Umsetzung in der Umgestaltung mit starken Personalmangel begründet.

Auch für die Umsetzung des Zukunftsplan Fahrradstadt sind dringend mehr Personalstellen notwendig!

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Hornschild
(Stadtrat)

Martin Hundhausen
(Stadtrat)

Klimaliste Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **14.10.2025**

Antragsnr.: **116/2025**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **III / 11**

mit Referat:

Erlangen, den 14. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026

Schaffung von einer Personalstelle im Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung zur Planung von Freiflächensolaranlagen

Aufgaben/Begründung:

Zur Realisierung der Planung von Freiflächensolaranlagen wird eine Personalstelle im Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung geschaffen, um in den Jahren 2026, 2027 und 2028 einen Großteil der Flächen zu realisieren.

Nach der Ausrufung des Klimanotstands im Jahr 2019 und angesichts der knappen noch verbleibenden Zeit, um die CO₂-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energien auf Null zurückzufahren, muss in der laufenden Legislaturperiode der Löwenanteil der Herausforderung angegangen und geschultert werden. Daher muss im Jahr 2024 bereits der Umbau unseres Energiesystems auf Erneuerbare Energien beginnen, und gleichzeitig Energie eingespart und Energieeffizienz erhöht werden. Hierfür wird zusätzliches Personal benötigt.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Hornschild
(Stadtrat)

Martin Hundhausen
(Stadtrat)

Klimaliste Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28 / § 29 GeschO

Eingang: **14.10.2025**

Antragsnr.: **117/2025**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **III / 11**

mit Referat:

Erlangen, den 14. Oktober 2025

Antrag für den Haushalt 2026

Schaffung von einer Personalstellen im Amt 43 für die Aufgaben „Bildungsangebot im Bereich Ernährung und Konsum zum Klimaschutz“

Begründung:

Das gesamte Ernährungssystem trägt deutschlandweit in hohem Maße zum Klimawandel bei – ca. 14 % der Treibhausgasemissionen kommen aus diesem Bereich. Es besteht also ein hohes Potential für die Einsparung von Treibhausgasen. Eine Veränderung des Ernährungs- und Konsumverhaltens ist dafür notwendig. Voraussetzung ist ein geändertes Bewusstsein der Menschen und die Veränderung der Versorgungswege der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und der Ernährungsgewohnheiten.

In der Klimanotstandstudie von August 2020 wird im Kapitel 4.5 aufgezeigt, wo die Kommune, d. h. die Stadt Erlangen aktiv werden sollte:

- Erarbeitung einer kommunalen Ernährungsstrategie
- Gründung und Forderung eines regionalen Ernährungsrates als Dialogplattform
- Gemeinschaftsverpflegungen umstellen auf regional, ökologisch und fleischarm
- Reduzierung von Lebensmittelverlusten durch Abfallwirtschaftsplane, Öffentlichkeitsarbeit, Ernährungsbildungsprogramme, angepasste öffentliche Ausschreibungen
- Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen und gezielter Einfluss auf Betriebe, Unternehmen und Bildungsträger; ggfs. Vorgaben für öffentliche Aufträge

Um den Fokus auf die notwendigen Bewusstseins- und Verhaltensänderungen zu richten, ist ein spezielles Bildungsangebot erforderlich. Die Volkshochschule kann und sollte dabei eine tragende Rolle einnehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Hornschild
(Stadtrat)

Martin Hundhausen
(Stadtrat)

Klimaliste Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **14.10.2025**

Antragsnr.: **118/2025**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **III / 11**

mit Referat:

Erlangen, den 14. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026:

Schaffung von fünf Personalstellen im Amt für Gebäudemanagement für die Umrüstung auf 100% erneuerbare Wärmeversorgung

Aufgaben/Begründung:

Die Stadt Erlangen richtet im Amt für Gebäudemanagement drei Personalstellen ein, um zeitnah die Umstellung städtischer Gebäude auf 100% erneuerbare Wärmeversorgung vorzunehmen. Die Stellen sollen dabei jeweils im technischen, kaufmännischen und infrastrukturellen Gebäudemanagement verortet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Hornschild
(Stadtrat)

Martin Hundhausen
(Stadtrat)

Klimaliste Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **14.10.2025**

Antragsnr.: **119/2025**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **III / 11**

mit Referat:

Erlangen, den 14. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026

Schaffung von drei Personalstellen im Referat I – EB77 Betrieb für Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung, Abt. Stadtgrün, die die Bewässerung von Bäumen in Erlangen übernehmen

Aufgaben/Begründung:

Die steigenden Temperaturen machen immer mehr Bäumen in Erlangen zu schaffen. Aktuell werden Bäume bis 5 Jahre nach Anpflanzen bewässert. Dennoch ist zu beobachten, dass viele Bäume in den Jahren danach den Hitzebedingungen nicht standhalten. Um künftig die Bewässerung von neugepflanzten und/oder bedürftigen Bäumen gewährleisten zu können, ist es dringend notwendig drei Personalstellen in der Abteilung Stadtgrün zu schaffen.

Der Erhalt von Bäumen ist essentiell wichtig um ein gutes Stadtklima zu gewährleisten und weiterer Erwärmung entgegen zu wirken. Sie spenden nicht nur Schatten sondern filtern auch Staub aus der Luft und binden Kohlenstoffe. Die Bewässerung muss daher in Zukunft zuverlässig bewerkstelligt werden können.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Hornschild
(Stadtrat)

Martin Hundhausen
(Stadtrat)

Klimaliste Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **14.10.2025**

Antragsnr.: **120/2025**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **III / 11**

mit Referat:

Erlangen, den 14. Oktober 2025

Antrag für den Haushalt 2026

Schaffung von vier Personalstellen im Amt 66 „Bautrup Radverkehr“

Begründung:

Die Stadt Erlangen hat am 29.5.2020 den Klimanotstand ausgerufen. Dabei hat die Stadt Erlangen die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels zur höchsten Priorität erklärt und sich zu einer schnellen Reduzierung der CO₂-Emissionen in der gesamten Stadt verpflichtet.

Einen wichtigen Beitrag zur Einhaltung der Klimaziele trägt die Verkehrswende und damit die Stärkung des Umweltverbundes bei. In der Vergangenheit wurde die langsame Umsetzung in der Umgestaltung mit starken Personalmangel begründet.

Alle sind sich einig, dass die Radverkehrsinfrastruktur an die aktuelle Zeit angepasst werden muss. So steigt seit Jahren nicht nur der Anteil der mit dem Fahrrad zurückgelegten Verkehrswege, sondern u.a. auch die Anzahl an Transport- und Lastenrädern wie Kinderanhängern. Die Infrastruktur ist in großen Teilen nicht an die aktuelle und auch zukünftige Nachfrage angepasst.

Laut Verwaltung kam in vielen Fällen in den letzten Jahren die Radinfrastruktur nicht voran, da entsprechende Baufirmen nicht gefunden werden konnten. Deshalb soll die Stadt selbst entsprechendes Personal einstellen und die notwendige Verkehrswende voranbringen. Dies ist für die Umsetzung des Zukunftsplan Fahrradstadt unabdinglich.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Hornschild
(Stadtrat)

Martin Hundhausen
(Stadtrat)

Klimaliste Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28 / § 29 GeschO

Eingang: **14.10.2025**

Antragsnr.: **121/2025**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **III / 11**

mit Referat:

Erlangen, den 14. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026

Schaffung von zwei Personalstellen im Tiefbauamt für die Erneuerung der Laterneninfrastruktur

Aufgaben/Begründung:

Rund 40% der Lichtmase in Erlangen sind älter als 30 Jahre. Das stellt nicht nur für die Verkehrssicherheit ein großes Problem dar, sondern auch für das Klima.

Alte Straßenlaternen haben einen fast doppelt so hohen Stromverbrauch im Vergleich zu neuen LED-Straßenlaternen. Die Erneuerung der Lichtmaste ist daher dringend zu forcieren, insbesondere auf Grund der aktuellen Energiekrise.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Hornschild
(Stadtrat)

Martin Hundhausen
(Stadtrat)

Klimaliste Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **14.10.2025**

Antragsnr.: **122/2025**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **III / 11**

mit Referat:

Erlangen, den 14. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026

Schaffung von einer Personalstelle im Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung zur Umsetzung der Konzepts „Schwammstadt“

Aufgaben/Begründung:

Zur Realisierung der Schwammstadt Erlangen wird eine Personalstelle im Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung geschaffen.

Besonders im Sommer heizt sich die Stadt Erlangen immer weiter auf. Die steigenden Temperaturen machen vielen Menschen, Tieren und Pflanzen zu schaffen. Hinzu kommt, dass durch die versiegelten Flächen die Verdunstung abnimmt und die Luft häufig sehr trocken ist. Auch der vergangene Sommer zeichnete sich durch große Trockenheit aus. Flutkatastrophen wie zuletzt im Ahrtal haben deutlich gezeigt, dass frühzeitige Maßnahmen zur Klimaanpassung dringend notwendig sind.

Mit der Planung und Umsetzung der Schwammstadt Erlangen sollte daher dringend bereits im Jahr 2026 begonnen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Hornschild
(Stadtrat)

Martin Hundhausen
(Stadtrat)

Klimaliste Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **14.10.2025**

Antragsnr.: **123/2025**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **III / 11**

mit Referat:

Erlangen, den 14. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026:

Schaffung von drei Personalstellen im Amt für Gebäudemanagement für die energetische Sanierungen von städtischen Gebäuden

Aufgaben/Begründung:

Die Stadt Erlangen richtet im Amt für Gebäudemanagement drei Personalstellen ein, um zeitnah die energetischen Sanierungen der städtischen Gebäude vorzunehmen. Die Stellen sollen dabei jeweils im technischen, kaufmännischen und infrastrukturellen Gebäudemanagement verortet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Hornschild
(Stadtrat)

Martin Hundhausen
(Stadtrat)

Klimaliste Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **14.10.2025**

Antragsnr.: **124/2025**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **III / 11**

mit Referat:

Erlangen, den 14. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026

Schaffung von einer Personalstelle in der Stadtkämmerei (Amt 20), die sich um die Überarbeitung von Steuern und Abgaben kümmert

Aufgaben/Begründung:

Im Rahmen des Klimaaufbruchs ist es notwendig verschiedene Abgaben und Steuern so anzupassen, dass sie sozial gerecht sind und gleichzeitig die Entwicklung zur Klimaneutralität fördern. Für die Anpassung soll eine Personalstelle in der Stadtkämmerei geschaffen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Hornschild
(Stadtrat)

Martin Hundhausen
(Stadtrat)

Klimaliste Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **14.10.2025**

Antragsnr.: **125/2025**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **III / 11**

mit Referat:

Erlangen, den 14. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026

Schaffung von einer Personalstelle im Amt 13 für die Koordinierung einer Kampagne zur Klimakrise

Aufgaben/Begründung:

Die Stadt Erlangen hat am 29.5.2020 den Klimanotstand ausgerufen. Dabei hat die Stadt Erlangen die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels zur höchsten Priorität erklärt und sich zu einer schnellen Reduzierung der CO₂-Emissionen in der gesamten Stadt verpflichtet.

Um langfristig möglichst viele Bürger*innen mitzunehmen, ist die Beauftragung einer Kampagne zur Klimakrise unerlässlich. Es ist wichtig transparent und offen zu agieren. Da dies viel Zeit benötigt, müssen zwei Personalstellen im Amt 13 geschaffen werden, die die Kampagne zur Klimakrise gut koordinieren.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Hornschild
(Stadtrat)

Martin Hundhausen
(Stadtrat)

Klimaliste Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **14.10.2025**

Antragsnr.: **126/2025**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **III / 11**

mit Referat:

Erlangen, den 14. Oktober 2025

Antrag für den Haushalt 2026

Schaffung von zwei Personalstellen im Amt 61 für den Ausbau der Ladeinfrastruktur

Begründung:

Die Stadt Erlangen hat am 29.5.2020 den Klimanotstand ausgerufen. Dabei hat die Stadt Erlangen die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels zur höchsten Priorität erklärt und sich zu einer schnellen Reduzierung der CO₂-Emissionen in der gesamten Stadt verpflichtet.

Im vergangenen Jahr hat die Anzahl an E-Autos in Erlangen stark zugenommen. Es ist davon auszugehen, dass auch in Zukunft deutlich mehr Menschen elektrisch betriebene Autos fahren werden. Aus diesem Grund muss der Ausbau der Ladeinfrastruktur vorangetrieben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Hornschild
(Stadtrat)

Martin Hundhausen
(Stadtrat)

Klimaliste Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **14.10.2025**

Antragsnr.: **127/2025**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **III / 11**

mit Referat:

Erlangen, den 14. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026

Schaffung von zwei Personalstellen im Amt für Umweltschutz und Energiefragen für Beratungsarbeit zur Plusenergie-Bauweise im Zusammenhang mit künftigen Bebauungsplänen, für Baubewerber:innen und sanierungswillige Bürger:innen

Aufgaben/Begründung:

Die Stadt richtet im Amt für Umweltschutz und Energiefragen eine Personalstelle für Beratungsarbeit zur Plusenergie-Bauweise im Zusammenhang mit künftigen Bebauungsplänen, für Baubewerber:innen und sanierungswillige Bürger:innen ein. Durch eine Personalstelle kann das Umweltamt die Umsetzung des Neubaustandards beratend unterstützen. Es werden neben der persönlichen Beratung regelmäßig Informationsveranstaltungen mit Expert*innen organisiert, um umgehend über diese zukunftsorientierte Bauweise zu informieren.

Energetische Konzeption im Plusenergiestandard ist eine no-regret-Maßnahme, da die anfänglich höheren Investitionen durch KfW-Kredite und vor allem durch anhaltend niedrige Betriebsausgaben getragen werden. Solche Maßnahmen sind wertsteigernd, und der Verzicht darauf stellt de-facto einen Wertverlust dar. Der derzeitige gesetzliche Mindeststandard im Neubau führt auf 30 Jahre oder länger zu einer Bausubstanz mit unnötig hohem Energieverbrauch, die sonst in späteren Jahren mit wesentlich höheren Kosten saniert werden müsste. Daher setzt die Stadt nur noch Bebauungspläne um, die den Plusenergiestandard vorsehen und überzeugt in der Energieberatung und im Genehmigungsverfahren die Bauwerber*innen, nur noch zukunftsorientiert zu bauen.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Hornschild
(Stadtrat)

Martin Hundhausen
(Stadtrat)

Klimaliste Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **14.10.2025**

Antragsnr.: **128/2025**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **III / 11**

mit Referat:

Erlangen, den 14. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026

Schaffung von einer Personalstelle im Amt für Umweltschutz und Energiefragen, die gezielt die jeweils aktuellen Bundes- (und Landes-)Förderprogramme auf für die Stadt und ihre Töchter nutzbare Fördermöglichkeiten prüft und Anträge stellt.

Aufgaben/Begründung:

Die Stadt richtet im Amt für Umweltschutz und Energiefragen eine Personalstelle ein, die gezielt die jeweils aktuellen Bundes- (und Landes-)Förderprogramme auf für die Stadt und ihre Töchter nutzbare Fördermöglichkeiten prüft und Anträge stellt.

Der Bund fördert umfangreiche Maßnahmen für innovative Klimaschutzprojekte sowohl im investiven Bereich (bis zu 80%), als auch im nicht-investiven Bereich. Es gibt gegenwärtig große Geldmittel, die von den Kommunen nicht abgerufen werden. Im Ergebnis werden solche Fördermittel die Stadt und ihre Töchter stärken, ohne zu hohen Kosten zu führen. Es handelt sich also um eine effektive „no-regret-Maßnahme“, für die ohne großen Einsatz des Klimaschutzbudgets ein großer Effekt entsteht.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Hornschild
(Stadtrat)

Martin Hundhausen
(Stadtrat)

Klimaliste Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **14.10.2025**

Antragsnr.: **129/2025**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **III / 11**

mit Referat:

Erlangen, den 14. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026

Schaffung von vier Personalstellen im Amt für Umweltschutz und Energiefragen für Bürgerberatung im Bereich Solaranlagen und energetische Sanierung

Aufgaben/Begründung:

Die Stadt richtet im Amt für Umweltschutz und Energiefragen zwei Personalstellen für die Bürgerberatung beim Bau von Solaranlagen, bei der energetischen Sanierung und für die Beratung zu vorhandenen finanziellen Fördermöglichkeiten sowie für die Bewerbung dieser Maßnahmen bei den Bürger:innen ein. Neben der direkten Beratung gehört es zur Aufgabe der einzustellenden Mitarbeiter:innen, Informationsveranstaltungen über energetische Sanierung zu organisieren, für die auch externe Experten eingeladen werden.

Zur Erreichung der Klimaschutzziele müssen in Erlangen jährlich mindestens 1000 neue Photovoltaikanlagen entstehen. Hier müssen vor allem private Hausbesitzer angesprochen werden. Auf diese Weise können im privaten Bereich in der Regel Photovoltaikanlagen mit jeweils ca. 8-10 kW Leistung entstehen, was einem Zubau von etwa 8-10 MW/Jahr entspricht. Zudem müssen Bestandsgebäude mit einer Sanierungsrate von 2%/Jahr energetisch saniert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Hornschild
(Stadtrat)

Martin Hundhausen
(Stadtrat)

Klimaliste Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **14.10.2025**

Antragsnr.: **130/2025**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **III / 11**

mit Referat:

Erlangen, den 14. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026

Schaffung von zwei Personalstellen im Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung zur Planung der Entsiegelung und Beschattung großer Plätze

Aufgaben/Begründung:

Zur Realisierung der Entsiegelung und Beschattung großer Plätze werden zwei Personalstellen im Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung geschaffen, um bereits im Jahr 2024 einen Großteil der Plätze neu zu planen und zu entsiegeln.

Besonders im Sommer heizt sich die Stadt Erlangen immer weiter auf. Die steigenden Temperaturen machen vielen Menschen, Tieren und Pflanzen zu schaffen. Hinzu kommt, dass durch die versiegelten Flächen die Verdunstung abnimmt und die Luft häufig sehr trocken ist. Mitverantwortlich für den massiven Temperaturanstieg sind in Erlangen unter anderem viele Plätze, die sich stark aufheizen, wie z.B. Rathausplatz, Beskitasplatz oder Martin-Luther-Platz. Diese müssen dringend umgeplant und deutlich grüner gestaltet werden.

Neben dem angenehmeren Stadtklima, welches auf diese Weise geschaffen werden kann, dienen Entsiegelungsmaßnahmen auch zur Schaffung von Naturerlebnisraum und Erholungsorten für Menschen. Des weiteren nimmt die Hochwassergefahr deutlich ab. Bei Starkregenereignissen kann das Wasser versickern. Die häufig überlastete Kanalisation wird entlastet und der Grundwasserspiegel kann sich ein Stück weit regenerieren.

Mit der Planung und Umsetzung von Entsiegelungsmaßnahmen, insbesondere der großer Plätze, sollte daher dringend bereits im Jahr 2024 begonnen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Hornschild
(Stadtrat)

Martin Hundhausen
(Stadtrat)

Klimaliste Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **14.10.2025**

Antragsnr.: **131/2025**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **III / 11**

mit Referat:

Erlangen, den 14. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026

Schaffung von einer Personalstelle im Amt für Umweltschutz und Energiefragen, die sich um die Koordination des Klimaaufbruchs mit der Stadtgesellschaft kümmert

Aufgaben/Begründung:

Die Stadt richtet im Amt für Umweltschutz und Energiefragen eine Personalstelle ein, die sich gezielt um die Koordination des Klimaaufbruchs gemeinsam mit der Stadtgesellschaft kümmert. Die Personalstelle soll sowohl in Kontakt mit wichtigen Organisationen stehen, aber auch für Fragen und Anliegen aus der Zivilgesellschaft zur Verfügung stehen.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Hornschild
(Stadtrat)

Martin Hundhausen
(Stadtrat)

Klimaliste Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28 / § 29 GeschO

Eingang: **14.10.2025**

Antragsnr.: **132/2025**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **III / 11**

mit Referat:

Erlangen, den 12. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026

Schaffung von einer Personalstelle im Amt für Umweltschutz und Energiefragen, die sich um die Koordination des Klimaaufbruchs mit Unternehmen kümmert

Aufgaben/Begründung:

Die Stadt richtet im Amt für Umweltschutz und Energiefragen eine Personalstelle ein, die sich gezielt um die Koordination des Klimaaufbruchs gemeinsam mit Unternehmen kümmert. Die Personalstelle soll sowohl bei der Umsetzung in Unternehmen unterstützen, aber auch für Austausch zwischen Stadtverwaltung und Wirtschaft sorgen.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Hornschild
(Stadtrat)

Martin Hundhausen
(Stadtrat)

Klimaliste Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **14.10.2025**

Antragsnr.: **133/2025**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **III / 11**

mit Referat:

Erlangen, den 14. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026

Schaffung von zwei Personalstellen im Referat I – EB77 Betrieb für Stadtgrün, Abfallwirtschaft und Straßenreinigung, Abt. Stadtgrün, für die Umsetzung des Konzepts „Grün in Erlangen 2018 – ein Zukunftskonzept“

Aufgaben/Begründung:

„Die Stadt wächst und gleichzeitig nehmen die Bedarfe und Ansprüche an die Grünräume der Stadt zu. Die städtischen Freiräume sind nicht nur Freizeit- und Erholungsräume der Stadtbevölkerung, sie übernehmen auch immer mehr Anforderungen der Klimaanpassung, der Stadtökologie und Biodiversität, sie müssen einem neuen Gesundheitsverständnis Rechnung tragen und auf demografische Entwicklungen reagieren.“, heißt es in der Einführung des Konzepts „Grün in Erlangen 2018 – ein Zukunftskonzept“.

Doch der Umbau und Ausbau der Grünanlagen stockt. Im Investitionsprogramm wurde die Umsetzung des Konzepts an vielen Stellen immer weiter nach hinten geschoben. Daher ist es dringend notwendig Personalstellen zu schaffen, die sich um das Grün der Stadt und die Umsetzung des Konzepts kümmern.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Hornschild
(Stadtrat)

Martin Hundhausen
(Stadtrat)

Klimaliste Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **14.10.2025**

Antragsnr.: **134/2025**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **III / 11**

mit Referat:

Erlangen, den 14. Oktober 2025

Antrag für den Haushalt 2026

Schaffung von einer Personalstellen im Amt 31 für die Aufgaben im Bereich der regionalen, fleischärmeren Ernährung und klimaschützenden Konsum

Begründung:

Das gesamte Ernährungssystem trägt deutschlandweit in hohem Maße zum Klimawandel bei – ca. 14 % der Treibhausgasemissionen kommen aus diesem Bereich. Es besteht also ein hohes Potential für die Einsparung von Treibhausgasen. Eine Veränderung des Ernährungs- und Konsumverhaltens ist dafür notwendig. Voraussetzung ist ein geändertes Bewusstsein der Menschen und die Veränderung der Versorgungswege der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und der Ernährungsgewohnheiten.

In der Klimanotstandstudie von August 2020 wird im Kapitel 4.5 aufgezeigt, wo die Kommune, d. h. die Stadt Erlangen aktiv werden sollte:

- Erarbeitung einer kommunalen Ernährungsstrategie
- Gründung und Forderung eines regionalen Ernährungsrates als Dialogplattform
- Gemeinschaftsverpflegungen umstellen auf regional, ökologisch und fleischarm
- Reduzierung von Lebensmittelverlusten durch Abfallwirtschaftsplane, Öffentlichkeitsarbeit, Ernährungsbildungsprogramme, angepasste öffentliche Ausschreibungen
- Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen und gezielter Einfluss auf Betriebe, Unternehmen und Bildungsträger; ggfs. Vorgaben für öffentliche Aufträge

Die sehr aner kennenswerten Aktivitäten von engagierten Ehrenamtlichen in Erlangen reichen nicht aus, um klimafreundliche Ernährung und Konsum in den Mainstream zu bringen. Durch den professionellen Einsatz einer qualifizierten Mitarbeiterin oder eines Mitarbeiters der Stadt Erlangen kann das gelingen. Eine qualifizierte personelle Ausstattung bei der Stadt Erlangen ist dafür dringend notwendig.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Hornschild
(Stadtrat)

Martin Hundhausen
(Stadtrat)

Klimaliste Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **14.10.2025**

Antragsnr.: **135/2025**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **III / 11**

mit Referat:

Erlangen, den 14. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026

Schaffung von zwei Personalstellen im Amt für Umweltschutz und Energiefragen für die Beratung gewerblicher Akteure beim Bau von Solaranlagen und weiteren energetischen Maßnahmen

Aufgaben/Begründung:

Die Stadt richtet im Amt für Umweltschutz und Energiefragen eine Personalstelle für die Beratung gewerblicher Akteure beim Bau von Solaranlagen und weiteren energetischen Maßnahmen ein. Diese suchen gezielt den Kontakt zum Erlanger Gewerbe und machen auch explizit auf Fördermöglichkeiten etc. aufmerksam.

Zur Erreichung der Klimaschutzziele müssen in Erlangen jährlich mindestens 1000 neue Photovoltaikanlagen entstehen. Es müssen neben privaten Hausbesitzern auch große Akteure (Universität, Siemens, weitere Unternehmen) angesprochen und informiert werden. Die vorhandenen gewerblichen Dächer sind größtenteils unbelegt und teilweise sehr groß. Der auf den Gewerbedächern erzeugte Strom kann in erheblichem Maß von den Unternehmen direkt vor Ort selbst genutzt werden, was kostensenkend wirkt und das Netz entlastet. Gleichzeitig können Unternehmen geeignete Maßnahmen ergreifen, um ihren Energieverbrauch zu senken und durch intelligentes Leistungsmanagement optimal durch Solaranlagen auf derselben Liegenschaft zu decken. Das Umweltamt informiert über diese Chancen, die sich für die Unternehmen bieten

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Hornschild
(Stadtrat)

Martin Hundhausen
(Stadtrat)

Klimaliste Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister

Dr. Florian Janik

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: **14.10.2025**

Antragsnr.: **136/2025**

Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**

Zust. Referat: **III / 11**

mit Referat:

Erlangen, den 14. Oktober 2025

Antrag zum Haushalt 2026:

Schaffung von drei Personalstellen im Amt für Gebäudemanagement für die Errichtung von Photovoltaik auf allen dafür geeigneten städtischen Gebäuden

Aufgaben/Begründung:

Die Stadt Erlangen richtet im Amt für Gebäudemanagement zwei Personalstellen ein, um zeitnah alle ihre dafür geeigneten Dächer maximal mit Photovoltaik zu belegen. Die Stellen sollen dabei jeweils im technischen, kaufmännischen und infrastrukturellen Gebäudemanagement verortet werden. Inhaltlich befassen die Stellen sich mit der Prüfung der baulichen sowie der elektrotechnischen Gegebenheiten, Organisation von Ausschreibungen und Kontrolle der auszuführenden Installationsarbeiten. Die anzustellenden Mitarbeiter*innen können nach Abschluss der Installation von den Photovoltaikanlagen das Bauteam im Gebäudemanagement stärken, welches die energetische Sanierung von anderen Liegenschaften verstärkt voran bringt.

In den letzten Jahren sind nur wenige neue Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden errichtet worden. Daher ist der Anteil der Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch dieser Gebäude nicht höher als 8,5%. Hier muss eine Vervielfachung umgesetzt werden. Alle geeigneten Dächer sind maximal und nicht mehr nur mit minimalen PV-Anlagen zu belegen. Bisher scheitert eine Realisierung nicht an der Finanzierung, sondern am Personal. Solaranlagen produzieren Strom, der kostengünstiger hergestellt wird, als der sonst (bisher) eingekaufte fossile Strom.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Hornschild
(Stadtrat)

Martin Hundhausen
(Stadtrat)

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 14.10.2025
Antragsnr.: 155/2025
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: IV / 41 und III / 11
mit Referat:

erlanger linke
Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, den 13.10.2025

**Keine Stellenkürzungen bei ISAR 12:
Antrag zum Arbeitsprogramm des Amts für Stadtteilarbeit**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir beantragen:

Die im Arbeitsprogramm des Amts für Stadtteilarbeit im Abschnitt „Abteilung Stadtteilzentren, 411“ beschriebenen Kürzungen bei der Stadtteilarbeit werden zurückgenommen. Dies betrifft insbesondere die Stellenreduzierung um 0,5 Vollzeitäquivalente beim Stadtteilzentrum ISAR 12. Wir bitten die Verwaltung um die Anmeldung dieser Stelle für den Haushalt 2026.

Begründung:

Der dicht besiedelte Anger mit seiner vielfältigen Einwohnerschaft benötigt ein adäquates Angebot an Infrastruktur, wozu auch die Stadtteilzentren gehören. Durch die Nachverdichtung der Isarstraße hat sich der Bevölkerungsdruck nochmals erheblich verstärkt. Die Stadtteilzentren Die Villa und ISAR 12 spielen für das soziokulturelle Miteinander im Anger eine große Rolle und waren schon vor der Nachverdichtung gut ausgelastet. Anstatt der gestiegenen Bevölkerungszahl Rechnung zu tragen und die Infrastruktur auszuweiten, würde sie durch personelle Zusammenlegung der beiden Stadtteilzentren signifikant eingeschränkt.

Mit freundlichen Grüßen

Gabi Stadlbauer
(Stadträtin)

Lukas Eitel
(Stadtrat)

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO	
Eingang:	14.10.2025
Antragsnr.:	156/2025
Verteiler:	OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat:	V / 51 und III / 11
mit Referat:	II / 20 / Frau Eisen

erlanger linke
Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, den 13.10.2025

Abenteuerspielplätze in gewohnter Form erhalten: Antrag zum Arbeitsprogramm des Jugendamts

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir beantragen:

Im Arbeitsprogramm des Jugendamts wird an geeigneter Stelle aufgenommen:

„Es werden Maßnahmen ergriffen, um die beiden städtischen Abenteuerspielplätze wieder an fünf Tagen die Woche zu öffnen zu können. Außerdem kann der städtische Abenteuerspielplatz Brucker Lache wieder für private Feiern gemietet werden.“

Dazu meldet die Verwaltung die Aufhebung des kw-Vermerks auf einer der vier den Abenteuerspielplätzen zugeordneten Stellen an.

Begründung:

Die städtischen Abenteuerspielplätze sind ein zentraler Bestandteil der kommunalen Kinder- und Jugendförderung. Sie bieten Raum für freies, selbstbestimmtes Spiel und ergänzen damit die Angebote der institutionellen Bildungseinrichtungen um einen wichtigen außerschulischen Lern- und Erfahrungsort. Durch ihr offenes Konzept fördern sie Eigenverantwortung, Kreativität und soziale Interaktion.

Um diese Aufgaben in vollem Umfang wahrnehmen zu können und den Bedarf der Familien nach verlässlichen und niedrigschwelligen Freizeitangeboten zu decken, ist eine Öffnung an fünf Tagen in der Woche geboten. Die erneute Möglichkeit, den Abenteuerspielplatz Brucker Lache für private Feiern zu vermieten, trägt zur stärkeren Verankerung der Einrichtung im sozialen Gefüge des Stadtteils bei. Eine solche Nutzung fördert die Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit dem Abenteuerspielplatz, stärkt das bürgerschaftliche Engagement und kann zugleich über moderate Entgelte einen Beitrag zur Deckung der Betriebskosten leisten.

Die Aufhebung des kw-Vermerks auf einer der vier Fachkraftstellen ist aus fachlicher und organisatorischer Sicht zwingend erforderlich. Eine dauerhafte Sicherung der personellen Ausstattung bildet die Grundlage für den pädagogisch hochwertigen Betrieb beider Abenteuerspielplätze. Nur mit ausreichend qualifiziertem Personal können die erweiterten Öffnungszeiten realisiert, die pädagogischen Standards eingehalten und die Sicherheit der Kinder gewährleistet werden. Eine weitere Reduzierung des Personals würde die Qualität des Angebots erheblich beeinträchtigen und die Funktionsfähigkeit der Einrichtungen gefährden.

Mit freundlichen Grüßen

Gabi Stadlbauer
(Stadträtin)

Lukas Eitel
(Stadtrat)

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 14.10.2025
Antragsnr.: 164/2025
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: OBM/13 und III/11
mit Referat: II / 20 / Frau Eisen

erlanger linke
Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, den 13.10.2025

**Politik muss Vorbild sein:
Antrag zum Haushalt 2026**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir beantragen:

Die Verwaltung wird beauftragt dem Stadtrat noch dieses Jahr eine Änderung der Gemeindesatzung der Stadt Erlangen vorzuschlagen, die zur Folge hat, dass es im Jahr 2026 keine Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Stadträte gibt. Gleiches gilt für die Aufwandsentschädigung der Fraktionsvorsitzenden. Die dadurch freiwerdenden Mittel werden dem Haushalt zugeführt.

Die Dienstaufwandsentschädigung des Oberbürgermeisters sowie des Weiteren berufsmäßigen Bürgermeisters wird ab 01.01.2026 auf die Untergrenze des in Art. 46 i. V. m. Anlage 2 KWBG genannten Betrages festgesetzt. Die dadurch freiwerdenden Mittel werden dem Haushalt zugeführt.

Die Verwaltung meldet die Reduzierung der persönlichen Mitarbeitenden des OBM von drei auf zwei für im Stellenplan 2026 Amt 13/OBM an.

Der Fahrdienst für Oberbürgermeister, Bürgermeister und Referent:innen wird eingestellt. Wir bitten die Verwaltung um die Abmeldung im Stellenplan.

Begründung:

Wir halten es gegenüber der Stadtgesellschaft für nicht vermittelbar, dass sich ausgerechnet die Stadtspitze und der Stadtrat von den Sparmaßnahmen weitgehend ausnimmt.

Im vorliegenden Haushaltsentwurf sind keine erhöhten Mittel für die Aufwandsentschädigung der Stadträte vorgesehen. Das ist bei bisheriger Gemeindesatzung eine sehr unwahrscheinliche Annahme. Die Aufwandsentschädigungen sind an die bayerische Beamtenbesoldung gekoppelt, die wiederum regelmäßig die Abschlüsse des Tarifvertrags der Länder übernimmt. Die Tarifverhandlungen für den TV-L beginnen noch dieses Jahr, im Laufe des nächsten Jahres ist daher (zurecht!) mit einer Tarifierhöhung zu rechnen. Wir wollen, dass diese Tarifierhöhung nicht bei den Stadträten nachvollzogen wird.

Der Oberbürgermeister und Bürgermeister erhalten einen Beamtensold. Das sind bei OBM und BM jeweils deutlich über 100.000€ jährlich. Wir schlagen lediglich vor, die darüber hinaus gezahlte Aufwandsentschädigung auf das gesetzliche Minimum zu reduzieren.

Mit der Amtsübernahme des aktuellen Oberbürgermeisters wurden die persönlichen Mitarbeiter:innen deutlich erhöht. Wir schlagen dagegen nur eine moderate Reduzierung vor.

Der Fahrdienst für die Stadtspitze ist ein grundsätzlich gutes Angebot, dass wir aber im Angesicht der Haushaltslage kritisch überdenken sollten. Die Stadt Erlangen ist durch hervorragende Verkehrsmittel aus dem Umweltverbund gut erreichbar, außerstädtische Termine sind auch durch den Fernverkehr bzw. unsere Partner im VGN wahrnehmbar. Wenn ein Auto für die Wahrnehmung eines Termins unverzichtbar ist, kann auch die Kooperation mit dem Erlanger Car-Sharing-Verein gesucht werden. So kann Unterhalt des Fahrzeugs und die Fahrerstelle eingespart werden.

Alle Stelleneinsparungen können entweder zur Stabilisierung des Haushalts verwendet werden oder um Stelleneinsparungen in anderen Bereichen abzuwenden. Die Kolleginnen und Kollegen werden natürlich in anderen Bereichen der Stadt weiterbeschäftigt.

Mit freundlichen Grüßen

Lukas Eitel
(Stadtrat)

Gabi Stadlbauer
(Stadträtin)

ÖDP-Fraktion im Erlanger Stadtrat

An den
Oberbürgermeister der Stadt Erlangen
Rathausplatz 1
91054 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 14.10.2025
Antragsnr.: 180/2025
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: III / 11
mit Referat:

ödp

Erlangen, den 14. Oktober 2025

ÖDP-Antrag zum Stellenplan 2026 der Stadt Erlangen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Wir wissen um die Finanznot der Stadt Erlangen und gehen deshalb mit unseren Haushaltsanträgen sehr verantwortungsvoll um. Jedoch sehen wir bei den nachstehend beantragten Stellen eine Dringlichkeit, diese für 2026 zu beantragen Diese sind:

**2,0 Stellen die Jugendsozialarbeit an Schulen,
(hilfsweise beantragen wir eine Stelle) Abt.513-V/51/130 (1,5/S 12)**

**1,0 Stelle Verwaltungsangestellte/r für die Überwachung der
Zweckentfremdungsverbotssatzung**

**1,0 Stelle Bibliothekar/in für die Stadtteilbibliothek
Büchenbach**

Die Begründungen für die Stellenschaffungen erfolgen mündlich.

Ökologische Grüße

Joachim Jarosch
Fraktionsvorsitzender

Gerda Reitzenstein *Barbara Grille*
Stadträtin Stadträtin

**Ökologisch-Demokratische
Partei Erlangen**

ÖDP-Stadtratsfraktion:

Joachim Jarosch (Vors.)

Gerda Reitzenstein

Barbara Grille M.A.

Adresse:

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Fon & Fax: 09131/ 86-2493

E-mail: öedp@erlangen.de

www.öedp-erlangen.de

Geschäftsführung:

Renate Lohmann

Sprechzeiten / Zimmer 128:

Dienstag 16.30 – 17.30 Uhr

Donnerstag 16.00 – 18.00 Uhr

oder nach Vereinbarung

"Die Welt hat genug
für jedermanns
Bedürfnisse,
aber nicht für
jedermanns Gier."

Mahatma Gandhi



Barbara Grille M.A.

ÖDP-Stadt- und Bezirksrätin

Vogelherd 2, 91058 Erlangen

An den Oberbürgermeister
der Stadt Erlangen
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 14.10.2025
Antragsnr.: 188/2025
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: III / 11
mit Referat:

Erlangen, den 14. Oktober 2025

**Antrag HH 2026 _ Einrichtung von zwei Stellen für die Stadtteilbibliothek
im Stadtteilhaus West (Büchenbach)**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Erlangen möge beschließen:

Zur Sicherstellung eines sachgerechten und sicheren Betriebs der künftigen
Stadtteilbibliothek im Stadtteilhaus West (Büchenbach) werden zwei zusätzliche
Vollzeitstellen (2,0 VZÄ) im Stellenplan 2026 geschaffen und dem Amt 42 (Stadtbibliothek)
zugewiesen.

Begründung:

Mit dem Stadtteilhaus West entsteht das bislang größte Stadtteilzentrum Erlangens und
zugleich die erste Stadtteilbibliothek der Stadt. Auf Grundlage des abgestimmten
Personalbemessungskonzepts (Entwurf vom 20.12.2022), das mit der Referentin sowie den
Ämtern 11 und 41 erarbeitet wurde, ist vorgesehen, dass die Stadtbibliothek die
Servicetheke im Erdgeschoss und die Infotheke im 1. Obergeschoss besetzt. Für diesen
Betrieb wurden 4,0 VZÄ kalkuliert. Derzeit stehen jedoch lediglich 2,5 VZÄ zur Verfügung,
was eine vollumfängliche Betreuung des offenen Hauses nicht ermöglicht.

Ohne ausreichendes Fachpersonal wäre der zuverlässige Betrieb der Bibliothek mit ihren
Servicezeiten und **Sicherheitsanforderungen** nicht umsetzbar. An der Servicetheke sowie
in den weitgehend offenen Räumlichkeiten des Hauses muss die Aufsicht jederzeit
gewährleistet sein, um Gefährdungen zu vermeiden und Besucherinnen und Besucher
angemessen zu betreuen.

Darüber hinaus muss zwischen den beteiligten Ämtern (41 und 42) eine klare Zuständigkeitsabgrenzung bestehen. Während die Betreiberverantwortung für das Gebäude bei Amt 41 liegt, obliegt die inhaltliche und fachliche Betreuung der Bibliothek dem Amt 42. Diese Aufgaben können nur dann wirksam erfüllt werden, wenn das erforderliche Personal in ausreichendem Umfang vorhanden ist.

Es wäre widersinnig, ein vollständig neues Haus zu errichten, das konzeptionell auf Offenheit, Zugänglichkeit und intensive Nutzung ausgelegt ist, dieses dann jedoch personell nicht angemessen auszustatten. Die beantragten Stellen sind daher erforderlich, um den Betrieb eines modernen und sicheren Stadtteilhauses mit integrierter Bibliothek nachhaltig zu gewährleisten und das entsprechende bürgerschaftliche Engagement im Stadtteil zu unterstützen.

Mit Dank und ökologischen Grüßen

Barbara Grille

ÖDP-Stadträtin

Stellenplan 2026 Liste A

Haushaltsbelastung p.a.:	0,00 €
--------------------------	--------

Referat OBM	-35.700,00 €	Referat I	-63.900,00 €	Referat II	-18.300,00 €	Referat III	-6.400,00 €
-------------	--------------	-----------	--------------	------------	--------------	-------------	-------------

1	Stelleneinzug/Umsetzung kw-Vermerk Amt 13 0,5 / S 15 / 1302170 Sachbearbeitung Sozialer Bereich	-35.700,00 €	Stelleneinzug/Umsetzung kw-Vermerk Amt 52 0,5 / EG 6 / 5203080 Verwaltung	-31.100,00 €	Stellensperrung Amt 20 0,25 / EG 9a / 2001260 Steuern	-18.300,00 €	Wegfall kw-Vermerk(-35.600 € b. Umsetz.) Amt 11 - ID 3 0,5 / 1120030 / A 12 Prozessmanagement	0,00 €
2			Stelleneinzug/Umsetzung kw-Vermerk Amt 52 0,5 / EG 11 / 5203070 Seniorengesundheits	-47.300,00 €			Wegfall kw-Vermerk (-35.600 € b. Umsetz.) Amt 11 - ID 4 0,5 / 1120040 / A 12 Prozessmanagement	0,00 €
3			Verlängerung kw-Vermerk zum 31.12.2026 Amt 52 - ID 80 (0,5 bleibt mit kw 30.06.26) 0,5 von 1,0 / EG 11 / 5203030 Projekt Verbund	14.500,00 €			Stellenumwandlung Amt 33 - ID 60 - 3000245 >> 3302570 neu 0,5 / A 11 >>> A 8 Verwaltung Einbürgerung	-6.400,00 €
4			Neuschaffung EB 77 - ID 54 1,0 / EG 12 Geschäftsleitung ZVA	0,00 €				
5			Neuschaffung mit kw-Vermerk 31.12.2028 Amt 52 - ID 79 0,5 mit Sperre 0,115 / EG 10 Sport für alle	0,00 €				
6			Neuschaffung mit kw-Vermerk 31.12.2028 Amt 52 - ID 78 0,5 mit Sperre 0,115 / EG 10 Sport für alle	0,00 €				
7			Neuschaffung mit kw-Vermerk 31.12.2027 Amt 52 - ID 81 0,5 mit Sperre 0,372 / EG 10 Projekt SPIRIT	0,00 €				
8			Neuschaffung EB 77 - ID 56 1,0 / EG 9a Verwaltung	0,00 €				

93

Referat IV		58.500,00 €	Referat V		80.300,00 €	Referat VI		-14.500,00 €	Referat VII		0,00 €
Stelleneinzug/Umsetzung kw-Vermerk Amt 41 0,5 / EG 10 / 4100020 Projektsteuerung Infrastruktur		-41.200,00 €	Stelleneinzug/Umsetzung kw-Vermerk EJC 1,0 / EG 13 / 5500040 Kernprozessoptimierung		-16.000,00 €	Stelleneinzug/Umsetzung kw-Vermerk Amt 24 0,5 / EG 2 / 2436030 Hilfskraft		-24.800,00 €	Neuschaffung EBE - ID 47 1,0 / EG 9b Elektrotechnik		0,00 €
Stelleneinzug/Umsetzung kw-Vermerk Amt 43 0,5 / EG 13 / 4300049 HPM		-47.900,00 €	Stelleneinzug/Umsetzung kw-Vermerk Amt 51 1,0 / EG 9a / 5162020 Leitungsassistenz		-73.100,00 €	Stelleneinzug/Umsetzung kw-Vermerk Amt 66 1,0 / EG 9a / 6621025 Technik		-73.100,00 €	Neuschaffung EBE - ID 48 1,0 / EG 9c Vorlagenmanagement		0,00 €
Stelleneinzug/Umsetzung kw-Vermerk Amt 46 0,5 / EG 10 / 4603070 Verwaltung		-41.200,00 €	Neuschaffung EJC - ID 2 0,5 / EG 10 Finanzcontrolling		14.400,00 €	Stellenumwandlung Amt 66 - ID 57 - 6000007 >> 6611110 neu 1,0 / EG 11 >> A 12 StUB Verkehrsflächen		-23.400,00 €	Neuschaffung Amt 31 - ID 88 0,5 / EG 9a Wasserrecht		0,00 €
Neuschaffung Amt 47 - ID 46 0,5 mit Sperre 0,25 / EG 9b Sachbearbeitung Kultur		19.900,00 €	Neuschaffung Amt 51 - ID 39 1,0 / S 14 Allgemeiner Sozialdienst		77.500,00 €	Neuschaffung Amt 66 - ID 58 1,0 / A 12 StUB Konstruktiver Ingenieurbau		71.200,00 €			
Neuschaffung Amt 41 - ID 49 1,0 / EG 9b Sachbearbeitung Kultur		79.300,00 €	Neuschaffung Amt 51 - ID 40 1,0 / S 14 Allgemeiner Sozialdienst		77.500,00 €	Neuschaffung Amt 66 - ID 59 0,5 / A 12 Groß- und Sonderprojekte		35.600,00 €			
Neuschaffung Amt 42 - ID 42 1,0 / EG 9a FaMI		73.100,00 €									
Neuschaffung Amt 40 T - ID 53 0,5 / A 14 Lehrkraft		16.400,00 €									
Stellenumwandlung Amt 41 - ID 50 - 4700005 (0,25) und 4603017 (0,25) >> 4110095 neu EG 9b / Sachbearbeitung Kultur		100,00 €									

Änderungen zum Stellenplan 2026 aufgrund Haushaltskonsolidierungskonzept (HHK)

Haushaltseinsparung p.a.:	-968.200,00 €
---------------------------	---------------

	Referat OBM	-47.300,00 €	Referat I	-111.000,00 €	Referat II	76.300,00 €	Referat III	-11.100,00 €
1	Anbringung kw-Vermerk Amt 13 0,5 / EG 6 / 1302120 Lfd. Nr. 5 vom Konsolidierungsscheck	0,00 €	Stelleneinzug ab 01.08.2026 EB 77 1,0 / EG 04 / 7732485 Lfd. Nr. 34 vom Konsolidierungsscheck	-55.500,00 €	Stellensperrung (nachrichtlich) Amt 20 (zentrale Maßnahme v. Ref. III) 0,23077 / EG 6 / 2000010 Lfd. Nr. 11 v. Konsolidierungsscheck Ref. III	-14.400,00 €	Stellensperrung (nachrichtlich) Amt 33 0,10617 / EG 6 / 3300025 Lfd. Nr. 11 vom Konsolidierungsscheck	-6.600,00 €
2	Anbringung kw-Vermerk Amt 13 0,5 / EG 11 / 1302040 Lfd. Nr. 6 vom Konsolidierungsscheck	0,00 €	Stelleneinzug ab 01.09.2026 EB 77 1,0 / EG 04 / 7732570 Lfd. Nr. 34 vom Konsolidierungsscheck	-55.500,00 €			Stellensperrung (nachrichtlich) Amt 34 0,09 / EG 2 / 3403030 Lfd. Nr. 29 vom Konsolidierungsscheck	-4.500,00 €
3	Anbringung kw-Vermerk Amt 13 0,5 / EG 4 / 1300070 Lfd. Nr. 20 vom Konsolidierungsscheck	0,00 €			Neuschaffung Amt 20 1,0 mit Sperre 0,25 / A 9S Lfd. Nr. 8 vom Konsolidierungsscheck	40.400,00 €		
4	Stelleneinzug (nachrichtlich) Amt 13 (Umsetzung kw-Vermerk) 0,5 / EG 11 / 1303040 Lfd. Nr. 21 vom Konsolidierungsscheck	-47.300,00 €			Neuschaffung Amt 20 1,0 / A 8 Lfd. Nr. 8 vom Konsolidierungsscheck	50.300,00 €		
5	Anbringung Gruppen-kw-Vermerk Amt 13 0,5 bei SG 13-3 Lfd. Nr. 31 vom Konsolidierungsscheck	0,00 €						

Den Stellenneuschaffungen im Haushaltskonsolidierungskonzept (495.300 €) stehen dadurch erzielte Einnahmen in Höhe von 993.600 € im Jahr 2026 und 1.448.300 € ab dem Jahr 2027 gegenüber.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11

Referat IV		-64.100,00 €	Referat V		-865.500,00 €	Referat VI		92.900,00 €	Referat VII		-38.400,00 €
Stelleneinzug (nachrichtlich) Amt 44 (zentrale Maßnahme v. Ref. III) 1,0 / EG 2 / 4422050 Lfd. Nr. 11 v. Konsolidierungsscheck Ref. III	-49.600,00 €	Stelleneinzug (nachrichtlich) EJC (zentrale Maßnahme v. Ref. III) 0,5 / S 12 / 5520030 Lfd. Nr. 11 v. Konsolidierungsscheck Ref. III	-40.500,00 €	Stelleneinzug u. -sperrung (nachrichtlich) Amt 24 (zentrale Maßnahme v. Ref. III) 0,5 und 0,04898 / EG 2 / 2434000 Lfd. Nr. 11 v. Konsolidierungsscheck Ref. III	-27.400,00 €	Stelleneinzug ab 26 Amt 31 0,5 mit Sperre 0,243 / A11/12 / 3130015 Lfd. Nr. 12 vom Konsolidierungsscheck	-18.300,00 €				
Stellensperrung ab 03.04.2026 Amt 42 0,25 / EG5 / 4200285 Lfd. Nr. 11 vom Konsolidierungsscheck	-14.500,00 €	Stelleneinzug (nachrichtlich) EJC (zentrale Maßnahme v. Ref. III) 1,0 / S 12 / 5520034 Lfd. Nr. 11 v. Konsolidierungsscheck Ref. III	-81.000,00 €	Stelleneinzug ab 26 Referat VI 0,5 / EG 8 / 6000005 Lfd. Nr. 5 vom Konsolidierungsscheck	-33.500,00 €	Stellensperrung ab 26 Amt 31 0,243 / EG 10 / 3140030 Lfd. Nr. 12 vom Konsolidierungsscheck	-20.100,00 €				
Anbringung kw-Vermerk Amt 40 M 0,5/ EG 3 / 40M0685 Lfd. Nr. 14 vom Konsolidierungsscheck	0,00 €	Stelleneinzug (nachrichtlich) EJC (zentrale Maßnahme v. Ref. III) 0,5 / S 12 / 5560450 Lfd. Nr. 11 v. Konsolidierungsscheck Ref. III	-40.500,00 €	Stelleneinzug (nachrichtlich) Amt 63 0,5 / EG 12 / 6303005 Lfd. Nr. 43 vom Konsolidierungsscheck	-51.500,00 €						
Stelleneinzug (nachrichtlich) Referat IV 0,5 / EG 8 / 4900010 Lfd. Nr. 84 vom Konsolidierungsscheck	-33.500,00 €	Stelleneinzug (nachrichtlich) Amt 51 0,5 mit Sperre 0,2 / S 17 / 5100600 Lfd. Nr. 16 vom Konsolidierungsscheck	0,00 €								
		Stelleneinzug (nachrichtlich) Amt 51 7,0 / S 12 / 5100610 Lfd. Nr. 16 vom Konsolidierungsscheck	0,00 €	Neuschaffung Amt 66 0,5 / EG 4 lfd. Nrn. 48, 54, 55 v. Konsolidierungsscheck	27.800,00 €						
Neuschaffung Amt 43 0,5 / EG 8 lfd. Nr. 49 vom Konsolidierungsscheck	33.500,00 €	Stelleneinzug (nachrichtlich) Amt 51 0,5 mit Sperre 0,15 / EG 5 / 5100620 Lfd. Nr. 16 vom Konsolidierungsscheck	0,00 €	Neuschaffung Amt 66 1,0 / EG 6 lfd. Nrn. 48, 54, 55 v. Konsolidierungsscheck	62.100,00 €						
		Stelleneinzug (nachrichtlich) Amt 51 0,5 / S 15 / 5100630 Lfd. Nr. 16 vom Konsolidierungsscheck	0,00 €	Neuschaffung Amt 66 2,0 / EG 5-Verwaltungssperre zum 31.12.26 Straßenunterhalt	115.400,00 €						
		Stelleneinzug (nachrichtlich) Amt 51 0,5 / S 17 / 5100500 Lfd. Nr. 16 vom Konsolidierungsscheck	-47.500,00 €								
		Stelleneinzug (nachrichtlich) Amt 51 9,0 / S 12 / 5100510 Lfd. Nr. 16 vom Konsolidierungsscheck	-729.000,00 €								
		Stelleneinzug (nachrichtlich) Amt 51 1,0 mit Sperre 0,3 / EG 5 / 5100520 Lfd. Nr. 16 vom Konsolidierungsscheck	-40.400,00 €								
		Stelleneinzug (nachrichtlich) Amt 51 0,5 / A 10/11 / 5100530 Lfd. Nr. 16 vom Konsolidierungsscheck	-31.600,00 €								

12		Stellensperrung (nachrichtlich) EJC 0,18256 / EG 10 / 5500025 Lfd. Nr. 34 vom Konsolidierungsscheck	-15.100,00 €				
13		Stellensperrung ab 26 EJC 0,10256 / EG 4 / 5560370 Lfd. Nr. 49 vom Konsolidierungsscheck	-5.700,00 €				
14							
15		Neuschaffung Amt 50 1,0 / A 12 lfd. Nr. 8 vom Konsolidierungsscheck	71.200,00 €				
16		Neuschaffung Amt 51 1,0 / EG 11 lfd. Nr. 17 vom Konsolidierungsscheck	94.600,00 €				

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/113

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
11/065/2025

Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2026; Liste B - Stellenwertänderungen

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	03.12.2025	Ö	Gutachten	
Stadtrat	22.01.2026	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Der Stellenplan der Stadt Erlangen 2026 wird anhand der Verwaltungsvorlage Liste B geändert und ergänzt.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Aufgaben- und bedarfsorientierte Stellenplanung

2. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Der Stellenplan wurde hinsichtlich der Statusänderungen und Umwandlungen (1.1) einer systematischen Überprüfung unterzogen.

Die Ergänzungen und Änderungen werden auf Verwaltungsebene umgesetzt.

Anlagen: Verwaltungsvorlage Liste B

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Verwaltungsvorlage - Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2026

1 Liste B - Stellenwertänderungen

Die Abkürzungen, soweit nicht gesondert erläutert, richten sich nach dem Stellenplan.

1.1 Statusänderungen und Umwandlungen

Nr.	Ref./PISt.	Funktion	bisheriger Wert	künftiger Wert	Begründung
1.	OBM 0020000	Freigestellte/r Personalrat/-rätin	A 13S	S 18	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
2.	OBM 0020030	Freigestellte/r Personalrat/-rätin	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
3.	OBM 0030010	Schwerbehindertenvertretung	A 11	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
4.	III 1110038	Sachbearbeitung Verwaltung	A 11	EG 9c	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
5.	III 1110040	Sachbearbeitung Verwaltung	A 7/8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
6.	III 1120020	Sachbearbeitung Verwaltung	A 7/8	EG 6	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
7.	III 1120030	Sachbearbeitung Verwaltung	A 12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
8.	III 1121000	Sachgebietsleitung	A 13S	EG 12	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
9.	III 1121045	Sachbearbeitung Verwaltung	A 10/11	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
10.	III 1121090	Sachbearbeitung Verwaltung	EG 9a	A 10/11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
11.	III 1121110	Sachbearbeitung Verwaltung	A 11	EG 10	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
12.	III 1122030	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
13.	III 1122050	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
14.	III 1122100	Sachbearbeitung Verwaltung	A 12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.

Nr.	Ref./PISt.	Funktion	bisheriger Wert	künftiger Wert	Begründung
15.	III 1123040	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
16.	III 1123110	Sachbearbeitung Verwaltung	A 11	EG 10	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
17.	III 1123130	Sachbearbeitung Verwaltung	EG 10	A 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
18.	III 1131040	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
19.	III 1131070	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
20.	III 1131080	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
21.	III 1132010	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
22.	III 1133050	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
23.	OBM 1302000	Sachgebietsleitung	A 12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
24.	OBM 1302025	Sachbearbeitung Verwaltung	A 9S	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
25.	OBM 1302060	Sachbearbeitung Verwaltung	A 10/11	EG 9b	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
26.	OBM 1400060	Sachbearbeitung Verwaltung	A 9S	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
27.	OBM 1400075	Sachbearbeitung Technik	A 12	EG 12	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
28.	OBM 1400080	Sachbearbeitung Technik	A 12	EG 12	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
29.	III 1700000	Amtsleitung	A 15	EG 14	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
30.	III 1701010	Sachbearbeitung Technik	A 12	EG 12	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
31.	III 1701020	Sachbearbeitung Verwaltung	A 12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.

Nr.	Ref./PISt.	Funktion	bisheriger Wert	künftiger Wert	Begründung
32.	III 1701040	Sachbearbeitung Verwaltung	A 12	EG 12	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
33.	III 1701115	Sachbearbeitung Verwaltung	A 12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
34.	III 1701120	Sachbearbeitung Verwaltung	A 12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
35.	III 1701130	Sachbearbeitung Verwaltung	A 12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
36.	III 1701140	Sachbearbeitung Verwaltung	A 12	EG 12	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
37.	III 1702050	Sachbearbeitung Technik	A 12	EG 12	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
38.	III 1702060	IT-Koordination	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
39.	III 1702070	IT-Koordination	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
40.	III 1702080	Sachbearbeitung Technik	A 12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
41.	II 2000025	Sachbearbeitung Verwaltung	A 12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
42.	II 2000040	Sachbearbeitung Verwaltung	EG 11	A 12	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
43.	II 2001112	Sachbearbeitung Verwaltung	A 11	EG 10	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
44.	II 2001116	Sachbearbeitung kaufmännisch	A 11	EG 10	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
45.	II 2001117	Sachbearbeitung kaufmännisch	A 11	EG 10	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
46.	II 2001230	Sachbearbeitung Verwaltung	A 9S	EG 9c	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
47.	II 2001305	Sachbearbeitung kaufmännisch	A 11	EG 10	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
48.	II 2001360	Sachbearbeitung kaufmännisch	EG 10	A 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.

Nr.	Ref./PISt.	Funktion	bisheriger Wert	künftiger Wert	Begründung
49.	II 2002020	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
50.	II 2002030	Sachbearbeitung Verwaltung	A 7/8	EG 6	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
51.	II 2003010	Sachgebietsleitung	A 11	EG 10	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
52.	II 2003050	Sachbearbeitung kaufmännisch	A 7/8	EG 7	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
53.	II 2003080	Sachbearbeitung kaufmännisch	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
54.	II 2003320	Sachbearbeitung kaufmännisch	A 7/8	EG 6	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
55.	II 2003550	Sachbearbeitung Verwaltung	A 9S	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
56.	II 2003560	Sachbearbeitung Verwaltung	A 9S	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
57.	II 2301010	Sachbearbeitung Verwaltung	A 11	EG 10	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
58.	II 2301045	Sachbearbeitung Verwaltung	A 11	EG 10	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
59.	II 2301050	Sachbearbeitung Verwaltung	A 7/8	EG 6	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
60.	II 2302005	Sachbearbeitung Verwaltung	A 11	EG 9c	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
61.	II 2302010	Sachbearbeitung Verwaltung	A 11	EG 10	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
62.	II 2302020	Sachbearbeitung Verwaltung	EG 10	A 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
63.	II 2302070	Sachbearbeitung Verwaltung	A 10/11	EG 9c	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
64.	II 2303070	Sachbearbeitung Technik	A 7/8	EG 7	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
65.	VI 2400060	Sachbearbeitung Technik	A 11/12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.

Nr.	Ref./PISt.	Funktion	bisheriger Wert	künftiger Wert	Begründung
66.	VI 2410000	Abteilungsleitung	A 12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
67.	VI 2411200	Sachbearbeitung Verwaltung	A 10/11	EG 9b	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
68.	VI 2411215	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
69.	VI 2420000	Abteilungsleitung	A 14	EG 13	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
70.	VI 2421110	Sachbearbeitung Technik	A 11/12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
71.	VI 2422040	Sachbearbeitung Technik	A 11/12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
72.	VI 2422050	Sachbearbeitung Technik	A 11/12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
73.	VI 2424020	Sachbearbeitung Technik	A 11/12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
74.	VI 2424050	Sachbearbeitung Technik	A 11/12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
75.	VI 2424090	Sachbearbeitung Technik	A 11/12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
76.	VI 2432010	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 8	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
77.	VI 2431010	Sachgebietsleitung	EG 10	A 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
78.	III 3000030	Sachbearbeitung Verwaltung	A 12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
79.	III 3000035	Sachbearbeitung Verwaltung	A 12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
80.	III 3000140	Justitiar*in	A 14	EG 13	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
81.	III 3000160	Sachbearbeitung Verwaltung	A 10/11	EG 9c	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
82.	III 3000225	Sachbearbeitung Technik	A 12	EG 12	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.

Nr.	Ref./PISt.	Funktion	bisheriger Wert	künftiger Wert	Begründung
83.	VII 3100015	Verwaltungsleitung	A 12	EG 10	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
84.	VII 3110030	Sachbearbeitung Technik	A 11/12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
85.	VII 3120010	Sachbearbeitung Verwaltung	A 11	EG 10	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
86.	VII 3120020	Sachbearbeitung Technik	A 11/12	EG 10	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
87.	VII 3120040	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
88.	VII 3130045	Sachbearbeitung Technik	EG 10	A 11/12	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
89.	III 3301120	Sachbearbeitung Verwaltung	A 7/8	EG 6	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
90.	III 3301130	Sachbearbeitung Verwaltung	A 7/8	EG 6	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
91.	III 3301150	Sachbearbeitung Verwaltung	A 7/8	EG 6	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
92.	III 3301180	Sachbearbeitung Verwaltung	A 7/8	EG 6	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
93.	III 3301190	Sachbearbeitung Verwaltung	A 7/8	EG 6	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
94.	III 3301195	Sachbearbeitung Verwaltung	A 7/8	EG 6	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
95.	III 3301235	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 8	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
96.	III 3301240	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 8	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
97.	III 3301265	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 8	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
98.	III 3301270	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 8	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
99.	III 3301275	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 8	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.

Nr.	Ref./PISt.	Funktion	bisheriger Wert	künftiger Wert	Begründung
100.	III 3301295	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 8	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
101.	III 3301310	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 8	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
102.	III 3301335	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 8	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
103.	III 3301355	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 8	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
104.	III 3301360	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 8	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
105.	III 3301375	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 8	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
106.	III 3301380	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 8	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
107.	III 3301385	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 8	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
108.	III 3302110	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
109.	III 3302120	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
110.	III 3302130	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
111.	III 3302210	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
112.	III 3302220	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
113.	III 3302230	Sachbearbeitung Verwaltung	EG 9a	A 8	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
114.	III 3302340	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
115.	III 3302430	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
116.	III 3302500	Gruppenleitung	A 11	EG 10	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.

Nr.	Ref./PISt.	Funktion	bisheriger Wert	künftiger Wert	Begründung
117.	III 3302530	Sachbearbeitung Verwaltung	A 10/11	EG9c	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
118.	III 3302560	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
119.	III 3304030	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
120.	III 3304050	Sachbearbeitung Verwaltung	A 11	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
121.	III 3304300	Gruppenleitung	A 10/11	EG 9c	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
122.	III 3304310	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
123.	III 3304330	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
124.	III 3304340	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
125.	III 3400000	Amtsleitung	A 14	EG 13	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
126.	III 3401070	Standesbeamt*in	A 10/11	EG 9c	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
127.	III 3401075	Standesbeamt*in	A 10/11	EG 9c	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
128.	III 3401095	Standesbeamt*in	A 10/11	EG 9c	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
129.	III 3401120	Standesbeamt*in	A 10/11	EG 9c	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
130.	VII 3900020	Sachbearbeitung Verwaltung	A 10/11	EG 9c	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
131.	VII 3900040	Sachbearbeitung Verwaltung	EG 9b	A 10/11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
132.	IV 4001030	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
133.	IV 4001070	Sachbearbeitung Verwaltung	A 11	EG 10	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.

Nr.	Ref./PISt.	Funktion	bisheriger Wert	künftiger Wert	Begründung
134.	IV 4120000	Abteilungsleitung	A 11	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
135.	IV 4120015	Sachbearbeitung Verwaltung	EG 7	A 7/8	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
136.	IV 4300000	Amtsleitung	A 15	EG 15	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
137.	IV 4300060	Geschäftsführung	A 11	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
138.	IV 4500100	Gruppenleitung	A 11	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
139.	V 5010030	Sachbearbeitung Verwaltung	EG 11	A 12	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
140.	V 5010157	Sachbearbeitung Verwaltung	A 9S	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
141.	V 5021000	Sachgebietsleitung	A 11	EG 10	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
142.	V 5022100	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
143.	V 5022130	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
144.	V 5031015	Sachbearbeitung Verwaltung	A 9S	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
145.	V 5031040	Sachbearbeitung Verwaltung	A 7/8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
146.	V 5033030	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
147.	V 5033040	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
148.	V 5033050	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
149.	V 5033070	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
150.	V 5033085	Sachbearbeitung Verwaltung	A 8	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.

Nr.	Ref./PISt.	Funktion	bisheriger Wert	künftiger Wert	Begründung
151.	V 5040000	Abteilungsleitung	A 12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
152.	V 5050040	Sachbearbeitung Verwaltung	EG 9b	A 10/11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
153.	V 5050120	Sachbearbeitung Verwaltung	A 10/11	S 14	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
154.	V 5050160	Sachbearbeitung Verwaltung	A 10/11	S 14	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
155.	V 5101050	Teamleitung	A 8	EG 9c	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
156.	V 5103001	Sachgebietsleitung	EG 11	A 12	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
157.	V 5160000	Abteilungsleitung	A 14	EG 14	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
158.	V 5160005	Sachbearbeitung Verwaltung	A 10/11	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
159.	V 5510070	Sachbearbeitung Verwaltung	A 11	EG 10	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
160.	V 5520000	Abteilungsleitung	A 14	EG 13	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
161.	V 5520130	Sachbearbeitung Verwaltung	A 12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
162.	V 5530070	Sachbearbeitung Verwaltung	A 11	EG 10	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
163.	V 5530080	Sachbearbeitung Verwaltung	A 11	EG 10	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
164.	V 5531020	Sachbearbeitung Verwaltung	A 10/11	EG 9c	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
165.	V 5531030	Sachbearbeitung Verwaltung	A 10/11	EG 9c	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
166.	V 5531060	Sachbearbeitung Verwaltung	A 10/11	EG 9c	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
167.	V 5531080	Sachbearbeitung Verwaltung	A 10/11	EG 9c	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.

Nr.	Ref./PISt.	Funktion	bisheriger Wert	künftiger Wert	Begründung
168.	V 5531120	Sachbearbeitung Verwaltung	A 10/11	EG 9c	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
169.	V 5531130	Sachbearbeitung Verwaltung	A 10/11	EG 9c	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
170.	V 5532050	Sachbearbeitung Verwaltung	A 10/11	EG 9c	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
171.	V 5532090	Sachbearbeitung Verwaltung	A 10/11	EG 9c	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
172.	V 5532110	Sachbearbeitung Verwaltung	A 10/11	EG 9c	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
173.	VI 6100001	Sachbearbeitung Technik	A 14	EG 13	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
174.	VI 6100010	Sachgebietsleitung	A 12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
175.	VI 6111010	Sachbearbeitung Technik	A 14	EG 13	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
176.	VI 6111040	Sachbearbeitung Technik	A 14	EG 13	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
177.	VI 6111045	Sachbearbeitung Technik	A 14	EG 13	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
178.	VI 6111047	Sachbearbeitung Technik	A 14	EG 13	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
179.	VI 6111050	Sachbearbeitung Technik	A 12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
180.	VI 6112020	Sachbearbeitung Technik	A 11/12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
181.	VI 6112030	Sachbearbeitung Technik	A 11/12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
182.	VI 6112040	Sachbearbeitung Technik	A 12	EG 12	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
183.	VI 6112060	Sachbearbeitung Technik	A 11/12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
184.	VI 6113000	Sachgebietsleitung	A 12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.

Nr.	Ref./PISt.	Funktion	bisheriger Wert	künftiger Wert	Begründung
185.	VI 6123010	Sachbearbeitung Verwaltung	A 7/8	EG 6	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
186.	VI 6131005	Sachbearbeitung Technik	A 14	EG 13	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
187.	VI 6131007	Sachbearbeitung Technik	A 14	EG 13	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
188.	VI 6131035	Sachbearbeitung Technik	A 11/12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
189.	VI 6131037	Sachbearbeitung Technik	A 14	EG 13	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
190.	VI 6132015	Sachbearbeitung Technik	A 11/12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
191.	VI 6132017	Sachbearbeitung Technik	A 11/12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
192.	VI 6141010	Sachbearbeitung Verwaltung	A 9S	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
193.	VI 6141015	Sachbearbeitung Verwaltung	A 9S	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
194.	VI 6141020	Sachbearbeitung Verwaltung	A 9S	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
195.	VI 6141040	Sachbearbeitung Verwaltung	A 9S	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
196.	VI 6141045	Sachbearbeitung Verwaltung	A 9S	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
197.	VI 6142020	Sachbearbeitung Verwaltung	A 9S	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
198.	VI 6142040	Sachbearbeitung Verwaltung	A 9S	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
199.	VI 6301100	Sachbearbeitung Verwaltung	A 9S	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
200.	VI 6302000	Sachgebietsleitung	A 14	EG 13	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
201.	VI 6302130	Sachbearbeitung Technik	A 11/12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.

Nr.	Ref./PISt.	Funktion	bisheriger Wert	künftiger Wert	Begründung
202.	VI 6302150	Sachbearbeitung Technik	A 11/12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
203.	VI 6601020	Sachbearbeitung Verwaltung	A 10/11	EG 9b	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
204.	VI 6610000	Abteilungsleitung	A 14	EG 13	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
205.	VI 6631044	Sachbearbeitung Technik	A 11/12	EG 11	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
206.	VII 66E0250	Sachbearbeitung kaufmännisch	A 8	EG 8	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
207.	VII 66E0310	Sachbearbeitung Verwaltung	A 9S	EG 9a	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
208.	VII 66E0320	Sachbearbeitung Verwaltung	A 11	EG 10	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
209.	I 7711010	Sachbearbeitung kaufmännisch	A 8	EG 8	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.
210.	I 7713010	Sachbearbeitung Verwaltung	A 7/8	EG 6	Statusänderung resultiert aus der Besetzung.

1.2 Stellenwertänderungen

Nr.	Ref./PISt.	Funktion	Wert	Antrag auf bzw. Änderung	Begründung
1.	OBM 0020020	Freigestellte/r Personalrat/-rätin	A 13S	A 12	Stellenwert resultiert aus der Besetzung.
2.	III 3301220	Gruppenleitung	A 9S	A 10/11	Die Aufgaben entsprechen dem Stellenwert.
3.	V 5102035	IT-Administration	A 11	A 11/12	Die Aufgaben entsprechen dem Stellenwert.
4.		Ausschreibungsverzicht für alle angehobenen und umgewandelten Planstellen, damit die Vorteile auch den langjährigen Mitarbeiter*innen zugute kommen. Referat III wird zur Vornahme redaktioneller Änderungen bei Planstellen (Zuordnung, Funktion) ermächtigt.			

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Stadtkämmerei

Vorlagennummer:
201/087/2025

Erörterung und Begutachtung der positiven Fachausschussgutachten der in der HFGPA verwiesenen Änderungsanträge und ergänzender Nachmeldungen der Verwaltung zum Ergebnishaushalt 2026 / Finanzhaushalt 2026

Beratungsfolge	Termin	Ö/N Vorlagenart	Abstimmung
----------------	--------	-----------------	------------

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss 03.12.2025 Ö Beschluss

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Einzelanträge ergeben sich aus dem Abstimmungsskript „Unterlagen der Kämmererei zur HH-HFGPA-Sitzung am 03.12.2025 - Haushaltsberatungen 2026 - „. Die im verteilten Abstimmungsskript enthaltenen Anträge ändern und ergänzen den im Stadtrat am 25.09.2025 eingebrachten Haushaltsentwurf 2026 zum Ergebnis- und Finanzhaushalt und werden somit Bestandteil der Haushaltsberatungen.

II. Begründung

|

|

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Stadtkämmerei

Vorlagennummer:
201/088/2025

Erörterung und Begutachtung der positiven Fachausschussgutachten und der in der HFGPA verwiesenen Änderungsanträge zum Finanzhaushalt 2026 / Investitionsprogramm 2025 - 2029

Beratungsfolge	Termin	Ö/N Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	03.12.2025	Ö	Beschluss

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Die Einzelanträge ergeben sich aus dem Abstimmungsskript „Unterlagen der Kämmerei zur HH-HFGPA-Sitzung am 03.12.2025 - Haushaltsberatungen 2026 - „. Die im verteilten Abstimmungsskript enthaltenen Anträge ändern und ergänzen den im Stadtrat am 26.09.2025 eingebrachten Haushaltsentwurf 2026 zum Finanzhaushalt und Investitionsprogramm und werden somit Bestandteil der Haushaltsberatungen.

II. Begründung

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Stadtkämmerei

Vorlagennummer:
201/090/2025

Erörterung und Begutachtung der mittelfristigen Finanzplanung 2025 - 2029 mit Investitionsprogramm

Beratungsfolge	Termin	Ö/N Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	03.12.2025	Ö	Beschluss

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss stimmt
der mittelfristigen Finanzplanung 2025 - 2029 mit Investitionsprogramm entsprechend dem übergebenen Haushaltsentwurf (siehe Seiten 227- 238), fortzuschreiben mit den Steuerschätzdaten vom Oktober 2025 und unter Berücksichtigung der begutachteten Veränderungen zum Ergebnis- und Finanzhaushalt sowie zum Investitionsprogramm - soweit diese Auswirkungen auf den Finanzplanungszeitraum haben - zu.

II. Begründung

III. Abstimmung *siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II/20

Verantwortliche/r:
Stadtkämmerei

Vorlagennummer:
201/091/2025

Erörterung und Begutachtung der Haushaltsvermerke 2026 und der Haushaltspläne der rechtlich unselbständigen Stiftungen 2026

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	03.12.2025	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss stimmt

- a) **den Haushaltsvermerken 2026** entsprechend dem übergebenen Entwurf (siehe Haushaltsplanentwurf Seite 177 - 182)
- b) sowie **den Haushaltsplänen der rechtlich unselbständigen Stiftungen für 2026** (siehe Haushaltsplanentwurf Seite 259 - 276)

zu.

II. Begründung

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang